

# Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands, der Stukkateure und verwandten Berufsgenossen, sowie der Zentral-Krankenkasse der Maurer, Sipsler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Stauing in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1.— ohne Bestellgeld, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40. Anzeigen die dreispaltige Zeile oder deren Raum 15 S. — Postkatalog Nr. 2788.

Redaktion und Expedition: Hamburg, St. Georg, Neue Dreuerstraße 19, zweite Etage.

Inhalt: Arbeiterwohnungen und „bessere Gesellschaft“. Wie die künstlerische Presse den Handwerkerstand „aufklärt“. — Wirtschaftlich-soziale Rundschau. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Aus Frankreich. — Situationsberichte. — Eingeladene. Gerichts-Chronik. — Literarisches. — Briefkasten. — Feuilletons: Der Anarchismus, seine Theorien und Geschichte.

## Aufruf

an die Maurer im Königreich Sachsen und in Rheinland und Westfalen.

Kollegen!

Wir leben in einer Zeit schwerer wirtschaftlicher Noth. Die Löhne werden immer geringer, die Lebensmittel immer theurer. Das Unternehmertum, gestützt auf seine wirtschaftliche Ueberlegenheit, bemüht sich, von Tag zu Tag neue Maßregeln zu erfinden, durch welche wir in noch größere Abhängigkeit, in immer größere Noth gerathen. Wir Arbeiter werden gegenwärtig, am Ende des neunzehnten Jahrhunderts, das sich so stolz das Jahrhundert der Bildung und Aufklärung nennt, nicht etwa als Menschen betrachtet, denen man, wie es die christliche Religion vorschreibt, — und Christen nennen sich ja mit Vorliebe alle Unternehmer, Ausbeuter und Kapitalisten —, Nächstenliebe entgegenbringt. Nein, die Behandlung der Arbeiter in gegenwärtiger Zeit steht auf gleicher Höhe mit der Behandlung der Sklaven.

Wollen und können wir, die wir uns auch als Menschen betrachten, dieses länger, ohne uns gegen eine solch schmachwürdige Behandlung zu wehren, mit ansehen? Oder stehen wir den Ausbeutungsgelesten des Unternehmertums machtlos gegenüber? Nein! Es giebt noch ein Mittel, und zu schätzen gegen übermäßige Ausbeutung und brutale Behandlung, und dieses ist die Organisation, der Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsgenossen. Diese Organisation zu stärken muß heiligste Aufgabe eines jeden Kollegen sein, der auf die Besserung seiner Lebenslage ernstlich bedacht ist. Und deshalb muß er agitieren, die Indifferenten aufklären, den Verzagten, an der Macht der Organisation Zweifelnden Muth einflößen und die in blinder Thorheit dem Unternehmertum willige Schergendienste leistenden Kollegen energisch bekämpfen. Damit aber die zu entfallende Agitation planmäßig betrieben werde, weil nur dadurch Erfolg zu erwarten ist, äußerten viele Kollegen den Wunsch, es möge in diesem Jahre eine Konferenz zur Besprechung über die zu treffenden Schritte stattfinden; auf eine diesbezügliche Umfrage hat sich die Mehrzahl der Kollegen in den in Betracht kommenden Städten für die Abhaltung einer Konferenz ausgesprochen.

Dieselbe wird für

Rheinland und Westfalen

am 29. Juli in Essen a. d. Ruhr

und für das

Königreich Sachsen

am 5. August in Chemnitz

stattfinden.

Die Lokale und alles Weitere werden in einer späteren Nummer bekannt gegeben. Es wird nun Aufgabe der Vertrauensmänner in den einzelnen Städten sein müssen, dafür zu sorgen, daß möglichst bald öffentliche Versammlungen ein-

berufen werden, in welchen die auf die Agitation Bezug habenden Wünsche zur Berathung kommen und die Delegirten gewählt werden. Nur wenn die Konferenz von recht vielen, möglichst allen Orten recht zahlreich besucht wird, kann etwas Gedeihliches geschaffen werden. Die Kosten für die Delegation werden nicht erheblich sein, da voraussichtlich die Konferenz ihre Arbeiten an einem Tage zur Erledigung bringt, und kann die Aufbringung des nöthigen Geldes durch freiwillige Beiträge nicht schwer fallen.

Also auf zur Konferenz!

Hamburg, im Juni 1894.

Joh. Stauing,  
Generalbevollmächtigter der Maurer  
Deutschlands.

## Arbeiterwohnungen und „bessere Gesellschaft“.

Wir leben im Zeitalter der Sozialreform von Oben“. Die Regierenden und die herrschenden Gesellschaftsklassen versichern unausgesetzt, daß sie ein „warmes Herz für die Arbeiter“ haben und Alles thun wollen, was deren „Wohlfahrt“ sicherstellen könne. Christlich-soziale Prediger verkünden von den Kanzeln, daß der Arbeiter als „Gleichberechtigter“ zu achten sei. Aber jeder Tag bringt neue Beweise dafür, daß in den oberen Kreisen noch ein ungeheures Maß von Ueberhebung den Arbeitern gegenüber anzutreffen ist. Ja, es giebt da Leute, die dem Arbeiter gegenüber verfahren, wie die herrschenden Klassen in Indien gegenüber den Parias, jenen Ausgestoßenen, die nicht in der Nähe der „besseren Gesellschaft“ wohnen dürfen.

Nüchternlich hatte das preussische Oberverwaltungsgericht sich mit der Frage der Behaubung der Berliner Vororte mit Arbeiterwohnungen zu beschäftigen.

Der Berliner „Volks-Ztg.“ wird darüber Folgendes berichtet:

„Das Gesetz, betreffend die Gründung neuer Ansiedelungen, vom 25. August 1876 beschränkt in erheblichem Maße die Verfügungsfreiheit über das Grundeigenthum. Unter neuen Ansiedelungen werden Wohnhäuser oder ganze Kolonien verstanden, die außerhalb einer im Zusammenhange gebauten Ortschaft errichtet werden sollen. In beiden Fällen ist ortspolizeiliche Genehmigung, bei Kolonien in Landkreisen aber Genehmigung des Kreisauusschusses erforderlich, über deren Ertheilung im Verwaltungsstreitverfahren gestritten werden kann. Nach § 15 des erwähnten Gesetzes, dessen Nichtbeachtung schon unermesslichen Schaden bereitet hat, kann die Ansiedelungsgenehmigung verweigert werden, wenn gegen die Ansiedelungsgenehmigung von den Eigentümern oder den Pächtern eines benachbarten Grundstückes Einspruch erhoben und der Einspruch durch Thatsachen begründet wird, die die Annahme berechtigen, daß die Ansiedelung den Schutz der Nutzungen benachbarter Grundstücke aus dem Feld- oder Gartenbau, aus der Forstwirtschaft, der Jagd oder der Fischerei gefährdet.“

Vor einiger Zeit hatte sich der Zimmermeister Gluer aus Behlendorf in Neu-Behlendorf eine Baustelle gekauft und vom Amtsvorsteher in Behlendorf die Genehmigung zum Bau eines dreiflügeligen Hauses für neun Arbeiterfamilien erhalten. Gluer begann mit dem Bau; letzterer wäre auch in kurzer Zeit vollendet worden, wenn nicht der bekannte Amtmann Ring als Nachbar des Zimmermeisters Gluer intervenirt hätte. Ring machte geltend, daß bis jetzt

eine Ansiedelungsgenehmigung fehle, die hier durchaus erforderlich sei. Der Amtsvorsteher in Behlendorf wurde veranlaßt, den weit vorgeschrittenen Bau zu inhibiren und den Bauherrn aufzufordern, erst die erforderliche Ansiedelungsgenehmigung nachzujuchen. Als Gluer dieser Aufforderung nachkam, erhoben Amtmann Ring, das Hofmarschallamt des Prinzen Friedrich Leopold, Rittergutsbesitzer von Hake usw. vergeblich Protest gegen die Ertheilung der Ansiedelungsgenehmigung und beschritten sodann gegen den Amtsvorsteher von Behlendorf und Zimmermeister Gluer den Klageweg.

„Ring und Genossen machten geltend, daß sich in dem isolirt gelegenen Hause höchstens ein Gefindel niederlassen werde, welches den Nutzungen aus dem Feld- und Gartenbau, der Jagd und Forstwirtschaft gefährlich werden dürfte. Der angeklagte Amtsvorsteher und der Zimmermeister Gluer bestritten die Einwendungen ihrer Gegner und erblickten in der Ansiedelung nicht die geringste Gefahr für die benachbarten Land- und Forstwirthe; auch sei Gluer ein seit vielen Jahren in Behlendorf lebender achtbarer Handwerksmeister, der Alles aufbieten werde, um nur rechtschaffene Leute in sein neues Gebäude aufzunehmen. Indessen sowohl der Kreisauusschuß als auch der Bezirksauusschuß sahen den Einspruch der Gegner als begründet an und verlagten die nachgesuchte Ertheilung der Ansiedelungsgenehmigung, da die angeführten Thatsachen der Gegner den Einspruch als begründet erscheinen ließen.“

Hiergegen richtete sich die Revision des Amtsvorstehers von Behlendorf und des Meisters Gluer; letztere wurde aber am 20. v. M. vom Oberverwaltungsgericht verworfen, da die tatsächliche Feststellung ohne Rechtsirrtum erfolgt und der Nachprüfung des Revisionsrichters entzogen sei.“

So geschehen im Jahre des Heils 1894, im Zeitalter der „großen Sozialreform“ in Deutschland, dessen herrschende Klassen so stolz sind auf ihr praktisches Christenthum: Sind denn die deutschen Arbeiter und die sogenannten „kleinen Leute“ wirklich so heruntergekommen, wie es nach diesem Erkenntniß scheinen muß, so daß ihnen das Wohnen vor den Thoren Berlins um der Landwirthe willen unumgänglich gemacht werden muß? Am Antwort bitten wir die konservativen Blätter, die so viel von der Arbeiterfreundlichkeit der reaktionären Parteien zu reden wissen, und denen wir die vorstehenden Mittheilungen zum vorurtheilsfreien Studium empfehlen!

## Wie die künstlerische Presse den Handwerkerstand „aufklärt“.

Die Künstler betrachten ihre sogenannte „Reform des Handwerks“ als Allheilmittel gegen wirtschaftliche und soziale Schäden jeder Art. Ihrer Weisheit letzter Schluß lautet: „Wenn unsere Forderungen erfüllt werden, so wird alles soziale Uebel verschwinden und Staat und Gesellschaft gestärkt sein.“ Wir wüßten hinter dieser „Weisheit“ allerdings den höchsten Grad sozialpolitischer Bornirtheit. In einem durch die künstlerische Presse die Kunde machenden Artikel (seine Quelle haben wir nicht entdecken können) werden wir belehrt, daß auch die Wagnarbennoth in Deutschland lediglich eine Folge davon sei, daß man die Bänke „als veraltete Einrichtungen bei Seite geschoben“ habe. Selbstverständlich beginnt

diese „Belehrung“ mit einer Verherrlichung der „guten alten Zeit“. Es ist gar rührend, zu lesen:

„In jener guten, alten Zeit, wo noch Zünfte und Innungen dazu halfen, dem Handwerke einen goldenen Boden zu schaffen, wo noch nicht durch Maschinenarbeit eine Fülle menschlicher Arbeitskraft überflüssig geworden, wo noch nicht, wie heute vielfach geschieht, der Arbeiter selbst einer Maschine gleichgeachtet und seine Produktionsfähigkeit auf das denkbar höchste Maß hinausgeschraubt oder, deutlicher gesagt, die Leistungskraft des Arbeiters durch das arbeitgebende Kapital in unbilliger Weise ausgenutzt wurde, war es Gesetz, daß der Handwerksbursch nach Beendigung seiner Lehrjahre auf die Wanderschaft, auf die „Walze“ ging, um bei fremden Meistern, in fremden Gegenden sein Können und Wissen zu erweitern. Mit Recht forderten die Zünfte von jedem sich selbstständig niederlassenden Handwerker das „Meisterstück“ als Probe für seine Fähigkeit.“

In der Geschichte des Handwerks — d. h. in der wirklichen, nicht in der, welche unsere Zünftler sich zusammenfalschen — erscheint alles das denn doch in anderer Beleuchtung. Die „Walze“ der Handwerksgejellen hatte nur so lange einen sittlichen und praktischen Werth, als die Zunft noch nicht entartet war und ihrer ursprünglichen Bestimmung und Bedeutung entsprach. Das war aber bereits im fünfzehnten Jahrhundert nicht mehr der Fall.

Wir haben schon ausgeführt, wie damals das Zunftwesen sich zu einer brutalen Privilegienwirtschaft ausgestaltete, wie dem Stande der Meister der Gesellenstand als besondere Interessengemeinschaft gegenübertrat.

Aus dem Gesellen mit der Anwartschaft auf einstige Selbstständigkeit wurde der Lohnarbeiter ohne solche Anwartschaft. Und die Zahl dieser Lohnarbeiter — völlig unzutreffend immer noch „Gesellen“ genannt — wuchs und wuchs und bildete alsbald thatsächlich eine gewerbliche Reservearmee, wie wir heute eine industrielle haben, welche die Landstraße bevölkerte. Nicht mehr, um der innungsstatutarischen Vorschriften der Wanderjahre zu genügen, sondern von der Noth getrieben, zog der „Handwerksbursch“ von Ort zu Ort. Wie heute, so klagte die „bessere Gesellschaft“ auch damals über die „Wagabunden“ und „Landstreicher“ — und die Obrigkeiten suchten nicht selten dieser „Blage“ durch strenge Verordnungen beizukommen. Wir erinnern an den „Abschied des Reichstages“ zu Lindau (1497), in welchem die Behörden angewiesen wurden, strengstens gegen das überhandnehmende Landstreicherwesen vorzugehen. In kurzer Aufeinanderfolge wurde diese Anweisung wiederholt. Zahlreiche Chroniken des 15., 16. und 17. Jahrhunderts klagen, daß im Handwerk so viele Hände müßig seien, daß „viel müßig Volk, das sonst Arbeit gefunden, hungert auf den Gassen“.

Ueber die Zeit im Anfang des 16. Jahrhunderts bemerkt der Historiker Janssen in seiner „Geschichte des deutschen Volkes“ (Band I. S. 426): „Das städtische Proletariat wurde immer größer, seiner Armuth bewußter und gegen die Besitzenden um so mehr aufgebracht, weil diese ihren Reichtum durch Luxus und Leppigkeit öffentlich zur Schau trugen.“

Ja, ja, im Lichte der Thatfachen nimmt sich die „gute alte Zeit“ anders aus, als nach den Schilderungen unserer Zünftler. Lange bevor die Maschine kam, um eine Fülle menschlicher Arbeitskraft überflüssig zu machen, hatte das zu einer gefälligen Privilegienwirtschaft geworden, von der krassen Selbstsucht und dem kleinlichen Neid beherrschte Zunftwesen selbst die ursprüngliche Dreigliederung des Handwerks zerbrach und die Scheidung der ehemaligen Standes- und Zunftgenossen — Lehrling, Geselle, Meister — in bemittelte Unternehmer und besitzlose, abhängige Arbeiter vorgenommenen.

Es ist ein lächerlicher Unfinn, zu sagen, wie unsere modernen Zunftsanalisten es thun, daß man die Zünfte „bei Seite geschoben“ habe. Nein, sie haben sich selbst unmöglich gemacht, da sie, nachdem sie das Recht auf Erwerb monopolisirt und sich gegenüber der großen Masse der besitzlosen und unselbstständigen Arbeiter zu einer aristokratischen Ausbeuter-Kastei verknüpfert hatten, sich als unfähig erwiesen, sich der neuen Ordnung der Dinge und ihrer Entwicklung, wie sie zu Beginn des sechzehnten Jahrhunderts gegeben war, anzupassen. Nach langem Kampfe gegen die fürchterlichen Mißbräuche der Zunft seitens der Obrigkeiten kam die Zeit, wo sie Platz machen mußte der Freiheit der Arbeit — und zwar war es die Masse der Handwerker selbst, die für die Beseitigung des zünftlerischen Unwesens eintraten. „Die Zünfte“ — so schrieb im Jahre 1668 Johann Joachim Becher in seinem „Politischen Diskurs“ — „sind längst zu einem bösen Mißbrauch geworden, der mit seinen Handwerksgerechtigkeiten, Lehrbriefen, Meisterstücken usw. die armen, ehrlichen Leute am Meister- und Bürgerwerden hindert und ein wahres Monopol verdeckt.“ Und wir erfahren weiter, wie die Zünfte die Wagabundage förbetrten, wie das dem ursprünglichen Gedanken nach nützliche Wandern der Gesellen, durch Zeit- und Ortsverhältnisse schon vielfach entbehrlich geworden, zu einem gezwungenen plan- und nutzlosen Herumtreiben ausartete. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß die „Wagabundage“ in jener „guten, alten Zeit“ wenn nicht überhaupt, so doch wenigstens relativ, im Verhältniß zur Bevölkerungszahl außerordentlich viel stärker war, als sie es heutzutage ist.

Unsere zünftlerischen Zeitungsreiber machen sich der plumpsten Fälschung geschichtlicher Thatfachen schuldig, wenn sie für die Entstehung der „Wagabundage“ unsere Zeit verantwortlich machen,

und die „gute, alte Zeit“ der Zunftherrschafft als solche hinstellen, die dieses soziale Uebel nicht gekannt habe. Da lesen wir in dem betr. Artikel: „Damals“ — (d. h. in der „guten, alten Zeit“) — wurde ein guter, gütlicher Spruch erlassen:

Behrling sei Jedermann,  
Geselle, der was kann,  
Meister, der was erriant.

„Doch die Zeiten haben sich geändert; man hat die Zünfte als veraltete Einrichtung bei Seite geschoben und es ist dem Handwerker jetzt sehr leicht geworden, sein Geschäft anzufangen (!!) Aber auch auf der anderen Seite ist dem Handwerk der goldene Boden entzogen, allgemein hört man in den betheiligten Kreisen die Klage über die „schlechten Zeiten“. Die Klage ist nicht vorübergehend, sie ist eine ständige geworden.“

„Doch eine Einrichtung aus jener Zeit hat sich erhalten, die „Wanderschaft“, wenn auch die Gründe, die den Gesellen dazu drängen, sein Felleisen zu ergreifen, wesentlich andere geworden sind als früher. Der Drang zum Lernen steht nicht mehr wie sonst in erster Linie, heutzutage wirkt vor Allen der Frong, Arbeit zu suchen, nur um die Mittel zum Lebensunterhalt zu gewinnen. Die Zahl Derer, die als Wandereburschen auf der Straße ziehen, hat sich gegen sonst enorm vermehrt; man schätzt ihre Zahl in deutschen Reich auf mehr als 200 000. Diese Vermehrung beruht auf den verschiedensten Ursachen; sie ist eine Folge der heutigen gewerblichen und sozialen Verhältnisse. Hauptsächlich ist sie hervorgerufen durch die große Arbeitslosigkeit, dann aber auch durch die Gewerbefreiheit, die Auflösung der Innungen und Zünfte, die neuen Heimathgesetze, die Genußsucht und den Leichtsin.“

Nur die eine der hier angegebenen Ursachen vermögen wir anerkennen: die Arbeitslosigkeit. Die Auflösung der Innungen und Zünfte hat die Wagabundage geradezu vermindert.

Vor- bei Wagabunden entwirft der zünftlerische Artikelschreiber folgendes Bild:

„Wollten die 200 000 Wagabunden es sich wirklich angelegen sein lassen, ernstlich Arbeit zu suchen — es würde bei dem herrschenden Mangel an Arbeit nur einem sehr kleinen Theile von ihnen gelingen, Beschäftigung zu finden. Der andere große Theil ist durch die Verhältnisse dazu verurtheilt, das Wagabundenleben weiter zu führen. Doch was das Schlimmste ist, es giebt viele Tausende unter ihnen, die sich selbst zu einem dauernden Leben auf der Landstraße verurtheilen, weil sie nicht mehr arbeiten wollen und können. Das sind die eigentlichen Stromer, deren Zahl sich immerzu vergrößert, weil einer, der einmal auf die Straße hinausgestoßen ist und eine Zeit lang sich vergeblich nach Beschäftigung gequält hat, trotz der besten Vorsätze immer tiefer sinkt. Es wird fast

### Der Anarchismus, seine Theorien und Geschichte. (Fortsetzung.)

Die Sozialistenhege, die nur, nach Annahme des zweiten Ausnahmefalles durch den neuen Reichstag (am 19. Oktober 1878 mit 221 Ja gegen 149 Nein) (s. oben), ebnete der anarchischen Propaganda den Boden. Sie, die nicht öffentlich, sondern nur geheim agitierte, die nicht die Waffen, sondern „revolutionäre“ Eingele gewonnen wollte, wurde durch das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 nicht so empfindlich geschädigt, wie die durch offene Massenaqitation wirkende Sozialdemokratie, während gleichzeitig die brutale Anwendung der staatlichen Gewalt auch im Volke wieder die Anschauung kräftigte, daß gegen Sabel und Bajonet das Dynamit die gerechte Gegenwehr sei. So entstand denn in Deutschland wie im Auslande eine etwas lebhaftere anarchische Bewegung, besonders durch Johann Most. Dieser, bis dahin sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, wurde 1878 nicht wiedergewählt. Aus seinem Wohnsitz Berlin ausgemieteten, bezog er sich nach London und stellte dort die Forderung auf: Die Sozialdemokratie solle, da sie von der gesetzlichen Agitation für ihre Prinzipien ausgeschlossen sei, jeder Beschäftigung um politischen Leben entsagen, sich nicht an den Wahlen betheiligen und alle ihre Kräfte nur auf die Vorbereitung zur Revolution konzentrieren. Most ließ in London die „Freiheit“ erscheinen, erst als sozialrevolutionäres Organ; später entpuppte es sich als anarchisches und bekämpfte die Sozialdemokratie. Die sozialdemokratische Partei gab am 28. September 1879 in Paris den „Sozialdemokrat“ heraus, in-

dem sie gegenüber dem Anarchismus erklärte: „Nach wie vor aber, oder besser, mehr denn je werden wir uns jetzt, wo insolge des fast bis zur Unertüchlichkeit gesteigerten Grades der Reaktion die Verhütung härter als sonst herantritt, die allerdings, langwierige und beschwerliche Arbeit der selbstigen Aufführung und Organisation der Massen und dadurch der allmählichen Erschütterung der Grundlagen der heutigen widerstimmigen und ungeredeten Gesellschafts- und Staatsordnung durch fluge Ausnützung jeder, auch der kleinsten Chance, ermbt sind zu lassen und sich der scheinbar eher zum Ziele führenden, in Wahrheit aber thörichten und verberberlichen Revolutions-, und Aufschmäherei in die Arme zu werfen, auf die Energielichte gegen diese wenden. Wohl glauben auch wir, daß die von uns angestrebte radikale Umgestaltung der Gesellschaft nicht allein und in aller Gemüthsruhe von den Ministerialen und Parlarmentarissen betretet werden wird. Allein diese Ueberzeugung ist himmelweit verschieden von einem „Machen“ von Revolutionen oder richtiger von Putsch; denn Revolutionen entstehen wohl, können aber nicht gemacht werden.“

Mit dieser Erklärung war die Scheidelinie gegenüber der von London aus gepredigten „Gewalttheorie“ genau gezogen, zugleich aber auch das Verfallen für die sozialdemokratische Partei in Deutschland vorgezeichnet. Der Kongreß auf Schloß Wyden (20. bis 23. August 1880), der erste der sozialdemokratischen Partei nach Erlaß des Ausnahmefalles, zeigte, daß die Forderungen der Gegner auf eine Verhinderung der Partei sich nicht erfüllten. Auch das Auftreten H. a. s. e. m. a. r. n. (s. oben), der 1878 wieder als sozialdemokratischer Abgeordneter für Eisenbahnen gewählt war und sich in Schimpfereien gegen seine Fraktionsgenossen und die Parteileitung erging, schädigte die sozialdemokratische Partei nicht. Most war, obwohl er vorher proklamiert erklärt hatte, daß das Gros der deutschen Genossen auf seiner Seite stehe und sich dies auf dem Kongreß zeigen werde, auf demselben nicht erschienen. Haffemann aber war, nachdem er sich überzeugt hatte, daß seine Spaltungsbemühungen keinen Anklang fanden, plötzlich nach Amerika ausgewandert.

Der Wydener Kongreß fasste folgende Beschlüsse: 1. Nachdem der Kongreß über die Intriguen und das gewissenlose Gebahren Haffemanns aufgeklärt ist, billigt er die von den Abgeordneten proklamirte Ausschließung Haffemanns voll und ganz und warnt alle auswärtigen Genossen, den Vorspiegelungen

dieser als notorischer Verleumder entlarvten Persönlichkeit Glauben zu schenken. 2. In Erwägung, daß Johann Most seit längerer Zeit sich in Widerspruch mit den von ihm selbst noch unter dem Sozialistengesetz vertretenen Grundbitten der Partei gesetzt und nur noch den Einflüssen seiner häufig wechselnden Laune folgt; in fernerer Erwägung, daß Most sich zum Kolporteur jeder gegen die deutsche Sozialdemokratie erhobenen Verleumdung, komme sie von welcher Seite sie wolle, gemacht hat und notorischen Propagandanten trotz ertheilter Warnung Vorstuch leistete, nur weil sie auf die sogenannten Parteiführer schimpften; in schließlicher Erwägung, daß Most Handlungen begangen hat, die allen Gesellen der Ehrenhaftigkeit widersprechen, erklärt der Kongreß, daß er jede Solidarität mit Johann Most zurückweist und ihn als aus der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands ausgeschlossen betrachtet.“

Most wurde in London bald die Seele der anarchischen Bewegung und war für dieselbe rasch thätig. Die einzelnen anarchischen Gruppen, besonders in Frankreich, Belgien und England, trafen sich auf dem anarchischen Kongreß zu London, 14. Juli 1881. Auf demselben wurde ausdrücklich wieder zur „Propaganda der That“ aufgefodert und dies mit folgender Resolution begründet: „Der Kongreß erklärt es für durchaus notwendig, mit allen möglichen Mitteln durch die That die revolutionäre Idee und den Geist der Revolte in dem großen Theil der Volksmasse zu verbreiten, welcher noch seinen aktiven Antheil an der Bewegung nimmt und noch Illusionen über die Moralität und die Wirksamkeit gesetzlicher Mittel sich macht. Zudem wie das gesetzliche (legale) Gebiet, auf dem man im Allgemeinen bis heute geblieben ist, verlassen, um unsere Aktion auf das Gebiet der Ungegesetzlichkeit zu tragen, welcher der einzige Weg zur Revolution ist, ist es notwendig, zu Mitteln zu greifen, welche mit dem Zweck übereinstimmen. Die Verfolgungen, denen unsere öffentliche Presse unterliegt; zwingen uns von jetzt ab zur Organisation einer geheimen. Die Propaganda der That ist auf dem Lande von noch größerer Wichtigkeit, als in der Stadt. Da die technischeren und chemischen Wissenschaften der revolutionären Sache bereits große Dienste geleistet haben und noch zu leisten bestimmt sind, so empfiehlt der Kongreß allen Organisationen und Mitgliedern, großen Werth auf das Studium und die Anwendung dieser Wissenschaften als ein Mittel des Angriffs und der Vertheidigung zu legen.“ Auf dem Kongreß waren 60 Föderationen und 69 Gruppen, welche angeblich 50 000 Personen umfaßten, vertreten.

Eine Anzahl anarchischer Blätter entstanden in Frankreich, u. A.: „Le Bulletin des groupes anarchistes“ (Bericht

\*) Johann Most, geboren 1846 in Augsburg, ward Buchbinder, durchzog als Handwerksbursche Deutschland, Oesterreich, Italien und die Schweiz, schloß sich in Wien der sozialdemokratischen Bewegung an, wurde mit Andreas Scheu und Weniger in den ersten Wiener Hochverratsprozess verurteilt und verurteilt, dann amnestirt und ausgewiesen, kam 1871 wieder nach Deutschland und schloß sich der Eisenacher Richtung an, wurde erst in Chemnitz, dann in Berlin Redakteur des sozialdemokratischen Parteiblattes „Freie Presse“. 1874 und 1877 als Reichstagsabgeordneter für Chemnitz gewählt. Er verfasste viele Broschüren und war ein beredter Agitator. In Oesterreich wie in Deutschland war er mehrfach zu Gefängnisstrafen, insgesammt zu 4 1/2 Jahren, verurtheilt. Ueber seinen weiteren Lebenslauf siehe oben.

\*) Wilhelm Haffemann, geboren 1844 in Bremen, Redakteur Chemnitz, ward 1874 und 1878 von Eisenbahnen zum Reichstagsabgeordneten gewählt, lebt jetzt in Amerika.

stets eine Zeit kommen, in der er garnicht mehr wünscht, zu einer geordneten Thätigkeit zu gelangen. Ziellos und zwecklos, heimathlos und subsistenzlos zieht der Schwarm dieser Vagabunden von Ort zu Ort, von Land zu Land, einzig vom Wetel lebend. Zwar ist das Betteln verboten und; wer dabei ertappt wird, spaziert mindestens einige Tage ins Loch — aber hier gilt wieder das im Leben am allerhäufigsten besagte Gebot: Laß dich nicht erwischen! Mit dem, was der „Kunde“ — so ist der technische Ausdruck für den Wanderburschen in ihrer eigenen Sprache — tagsüber „erfochten“ hat, bestreitet er seine notwendigen Lebensbedürfnisse, und diese sind 1. Schnaps, 2. etwas zu essen und Nachtlager, 3. Schnaps. Schnaps ist das Lebenselixir des Kunden; ohne Schnaps kann er nicht sechten, nicht schlafen, überhaupt nichts beginnen; ohne Schnaps ist er eben gar kein Mensch. Ein Wanderbursche konsumirt des Tages mindestens für 50 Pf. Branntwein, meist noch viel mehr; es stieft also täglich für Mk. 100000 Schnaps durch die Kehlen der 200 000 deutschen Wanderburschen. Das macht im Jahre 36 Millionen Mark Branntwein! Welch ungeheure Summe, die fast ganz nur aus den „freiwilligen“ Gaben mittelbeiger Menschen herrührt. Wie viel könnte mit dieser Summe zur Binderung der Vagabundennoth gethan werden, wenn sie in richtige Hände zusammengelegt würde!

Die große Gefahr, die das Vagabundenthum für das Staatswesen hat, liegt darin, daß es seinen Anhängern so leicht Gelegenheit bietet, die Wahn- des Verbrechens zu betreten. Durch das Leben auf der Landstraße wird alle Moral langsam aber sicher untergraben. Gar mancher junge Wanderbursch „tritt in das Leben hinaus“, die schändlichsten Vorkälle im Herzen. Er sucht Arbeit, läßt sich keinen Weg und keine Mühe verbieten, um Beschäftigung zu erhalten, doch es ist vergeblich. Hunger thut weh; die Noth zwingt ihn zum Betteln. Anfangs unterzieht er sich dieser Beschäftigung nur mit einem gewissen Abscheu und mit Bangigkeit; aber Alles geht gut; mittelbeige Seelen lassen ihm ziemlich reichliche Spenden zu Theil werden, der Polizei ist er auch nicht in die Hände gefallen — allmählig gewinnt er der Bettellei Geschmack ab, zumal sie mit so wenig Anstrengung verbunden ist. Wird er einmal ertwischt und erhält einige Tage Arrest — was liegt daran? Im Gefängniß braucht er nicht zu hungern; ein paar Tage sind bald vorbei und dann hat er seine Freiheit wieder. Und in den Kreisen, in denen er verkehrt, bei den Mittern der Landstraße, haben Freiheitsstrafen nichts Entscheidendes; das ist etwas, was Jedem passieren kann und zuletzt passieren muß. Darüber setzt sich ein Kunde also mit dem „angeborenen Leichtsinn“ ohne Schwierigkeit hinweg. Auf diese Weise wird aus dem Bettler aus Noth fast immer ein gewohnheits- und gewerbmäßiger Bettler, denn die Lust zum Arbeiten und Stillstehen, der Gefallen

an einem geregelten Leben, die Fähigkeit, sich in die strenge Hausordnung eines Meisters zu fügen, verlieren sich durch das Landstraßenleben nur zu schnell. Und der Schritt vom gewerbmäßigen Bettler zum Diebe ist ein sehr kleiner. —

Im Sommer ist das Heer der Beschäftigungslosen etwas kleiner als im Winter. Alle Bauhandwerker gebrauchten Arbeitskräfte und bei ihnen findet immerhin ein, wenn auch ein kleiner Theil der Mitter der Landstraße vorübergehend Arbeit. Doch versetzen sich hierzu nur Solche, die noch nicht die Lust an der Arbeit verloren haben. Auch zur Zeit der Ernten werden Wanderburschen von den Landbauern gegen einen Tagelohn angeworben, doch ist der Verdienst ein vorübergehender; zu einer bleibenden Beschäftigung bringt es fast nie Einer. Im Winter dagegen beginnen Noth und Elend aufs Neue. Da muß wieder die Schnapsflaße über alle Beschwerden und Unbilden hinweghelfen.

Man hat das Bestehen der Vagabundennoth in allen Kreisen anerkannt; man hat auch eingesehen, daß die Befreiung des Unwesens ein edles, großes Werk ist und hat von verschiedenen Seiten Versuche gemacht, ihm entgegenzuwirken — aber bis jetzt ohne nennenswerthen Erfolg. Die Schwierigkeit liegt eben darin, dem gewohnheitsmäßigen Landstreicher wieder den Gefallen an einem soliden Leben beizubringen, oder aber, da dieses bei Vielen schon nicht mehr zu erreichen ist, ihm die Möglichkeit zu dem liebetlichen Lebenswandel vollständig zu nehmen. Eine Beschränkung oder Ausrottung des Vagabundenwesens ist nur dann möglich, wenn alle Bürger sowohl wie der Staat sich gegenseitig dazu in die Hände arbeiten.

Nun, dieses „moderne“ Vagabundenthum, es ist heute noch in seinem ganzen Charakter, wie in seinen Ursachen und Wirkungen genau dasselbe wie das, welches die Rüste in „der guten, alten Zeit“ gezeichnet haben. Wir haben nur ein mittelbeiges Vächeln zu der Phrase: Das Vagabundenwesen müsse durch „gegenseitiges Inbühndearbeiten“ ausgerottet werden. Ganz andere Mittel sind's, die seine Befreiung verbürgen, diejenigen, welche die Sozialdemokratie bietet.

**Wirtschaftlich-soziale Grundfragen.**

**\* Polizei, Unternehmertum und Arbeiterchaft.**  
Daß das Unternehmertum sich gerne unter die Fittiche der Polizei begibt, wenn es deren Beistand gegen die unbotmäßigen Arbeiter nachsuchen zu haben glaubt, ist bekannt. Ebenso bekannt ist, daß dieser Beistand gerne geleistet wird und daß die Unternehmer es dafür zu an klingendem Dank nicht fehlen lassen. Wir verweisen diesbezüglich nur an die Zeitungsberichte über die Bekämpfung der Arbeiterdemonstration 1890 für die Bekämpfung der Arbeiterchaft zur Bestätigung.

Daß aber die Polizei gelegentlich auch ohne von den Unternehmern angerufen zu sein, sich in die Verhältnisse zwischen diese und deren Arbeiter mischt und eifert gegen die letzteren

aufsteht, dafür ist dem „Vorwärts“ kürzlich ein drastischer Beleg in die Hände gefallen. Es ist das ein Aufschritt der Polizeiverwaltung in Schönlanke an das dortigen Zigarrenfabrikanten, in welchem es heißt:

„Euer Wohlgebornen machen wir darauf aufmerksam, daß der Zweck der Bewegung der Arbeiter einfach der ist, einen höheren Lohn zu erzwingen und weniger zu arbeiten, d. h. zu faulenzeln.“

Statt daß die Arbeiter von ihrem ziemlich hohen Lohn etwas sparen und dadurch für einen guten Lebenswandel sorgen sollten, vergeblich sie ihren Lohn durch Beiträge zu Versammlungen, von denen deren Leiter und Redner ein gutes Leben führen.

Alles das, was von den arbeitenden Sozialdemokraten ausgeht, ist doch lediglich der Zweck, die Fabrikanten und Arbeitgeber zu zwingen, einen höheren Lohn zu zahlen, so daß für die Arbeitgeber zuletzt nichts übrig bleibt. Es liegt also im Interesse der Arbeiter, ihre Arbeiter vor der Teilnahme an demokratischen Versammlungen fernzuhalten und dahin zu wirken, daß diejenigen Arbeiter, welche der sozialdemokratischen Partei angehören, aus der Arbeit entlassen und aus der Stadt entfernt werden.

Alle diejenigen Arbeiter, welche ihren Verdienst vergeuden, kommen, wie die Erfahrung lehrt, im Alter elendiglich um, weil sie barben müssen.

Die Arbeitgeber haben daher alle Ursache, ihre Verhältnisse von diesen Unruhestiftern rein zu halten.“

Dieser ordnungspolitischen Leistung gegenüber ist wohl kein Wort der Kritik möglich!  
\* Dampfkegel und Sozialdemokratie. Wir Sozialisten haben häufig genug den Umstand hervorgehoben, daß ein enger Zusammenhang existirt zwischen der Höhe der industriellen Entwicklung und der Stärke der Arbeiterbewegung, die dort, wo sie identisch mit der sozialistischen Bewegung geworden ist, wie in Deutschland, sich ausbreitet in der Zahl der Stimmen, die für sozialdemokratische Kandidaten abgegeben werden. Man kann mit einem gewissen Rechte behaupten, daß jeder neugebaute Dampfkegel in Deutschland eine Erhöhung der sozialdemokratischen Stimmzahl bedeutet.

Wir werden zu dieser Behauptung veranlaßt durch eine Statistik über die Verneuerung der Dampfkegel in Sachsen. Darnach betrug die Zahl der Dampfkegel in jenem Industrie-lande am 1. Januar 1879 rund 5600. Zu Beginn des Jahres 1894 wurden an feststehenden und beweglichen Dampfkegel 10 018 gezählt. In 16 Jahren ist also beinahe eine Verdoppelung der Dampfkegel eingetretten.

Nun zur Feststellung der Stimmzahl der sächsischen Sozialisten. Im Juli 1878 wurden in Sachsen bei den Reichstagswahlen für sozialistische Kandidaten 128 039 Stimmen abgegeben. Im Juni 1893 betrug die Zahl der sozialdemokratischen Wähler jenes Landes 270 654. Also hier wie dort eine Verdoppelung.

Jede Maschine schafft neue Kämpfer gegen die bestehende Ordnung und bringt dieselbe so ihrem Untergange näher.

\* Das Sozialcomité hat dem norwegischen Storthing einen Gesetzentwurf, betreffend die Unfallversicherung für Fabrikarbeiter, vorgelegt. Die Frage war schon 1889 von der Arbeiterkommission behandelt worden und seitdem mehrmals zwischen dem Parlament und der Regierung hin- und hergeschickt. Das in diesem Jahre eingeleitete Sozialcomité ist aber von der Ansicht ausgegangen, daß für eine Unfallversicherung ein besonders starkes Bedürfnis vorhanden sei, da z. B. für die Krankenversicherung auf privatem Wege unerschwinglich mehr gesehen sei.

Der Gesetzentwurf ist auf folgenden Hauptprinzipien erbaut: Der Arbeiter wird gegen alle Betriebsunfälle versichert, insofern sie nicht im Hinblick vom Arbeiter herbeigeführt sind, auch Unglücksfälle, welche durch Unvorsichtigkeit des Arbeiters veranlaßt werden, werden demnach in die Versicherung mit einbegriffen. Die Versicherung umfaßt Arbeiter in Anderer Dienst,

der anarchischen Gruppen), „La Révolution sociale“ (Die soziale Revolution), „L'Etendard révolutionnaire“ (Die revolutionäre Standarte), „La Lutte“ (Der Kampf), „Le drapeau noir“ (Die schwarze Fahne).

Am 12. August 1892 fand ein zweiter anarchischer Kongress und zwar zu Genf statt; auf ihm wurde beschloffen, ein Manifest zu veröffentlichen, das die anarchischen Grundgedanken darlegt. In demselben heißt es: „Als Anarchisten, d. h. Leute ohne Regierung, bekämpfen wir jeden, der sich irgendeiner Gewalt über die Menschen aneignet hat, den Vorgesetzten, die Autorität, den Staat, auch die sozialistische. Jeder Bevand an Autorität ist uns zuwider, jedes Gesetz ist unser Feind. Unser Ziel ist daher Vernichtung jedes Staates durch eine revolutionäre Bewegung; alle gesetzlichen Mittel, auch das allgemeine Stimmrecht, verabschauen wir. Da aber die individuelle Freiheit nicht ohne Vereinigung mit anderen freien Genossen bestehen kann, da jeder der Unterstützung des Anderen bedarf, da ferner jedes soziale Produkt ein Werk der Gesamtheit ist, auf das alle gleiches Anrecht haben, so sind wir auch Kommunisten. Wir wollen das gemeinschaftliche Eigentum erobern und verteidigen.“

Diese neue Erscheinungsform des Anarchismus als kommunistischer Anarchismus, der das gemeinschaftliche Eigentum erbt, fand in Johann Most einen glühenden Verteidiger; nicht minder aber schwärmt er für die Propaganda der That und verfaßt auch ein Heftchen der revolutionären Kegelkunst, in dem er Rezepte zur Anfertigung von Bomben gibt. Seine „Freiheit“ wurde von Nummer zu Nummer mit immer überlebenderen Todtschlagprophezen angefüllt; es war eine Art Deltirium, in das er und seine Mitarbeiter sich hineinphantasirten und durch Epithel hineinladen ließen. Ueberhaupt wird jetzt die Geschichte des Anarchismus immer deutlicher die Geschichte der internationalen D o s i s i e t i. Diese ist es, die in allen Ländern eine lebhafteste anarchische Bewegung mit den dazu gehörigen blutigen Freigedanken und Bomben hervorbringt — damit die Arbeiterbewegung zu so bequemer gehandelt werden kann. Most's „Freiheit“ wurde, natürlich ohne Wissen des von den Bomben der Phantasie umnebelten Hans, ein wahrer Sammelplatz für Epithel. Most selber erhielt, als nach der Ermordung des Baron Alexander II. 1881, die „Freiheit“ alle Völker zur Nachahmung aufhorbete, 16 Monate Haftstrafe. Schließlich fand die „Freiheit“ in London keinen Drucker mehr und wurde nun in der Schweiz hergestellt, wo wiederum die Epithel als ihre Mitarbeiter und Förderer auftraten.

Der sozialdemokratische Abgeordnete Singer enthielt am 27. Januar 1888 bei der ersten Lesung über die Verdingung

und Verschäftung des Sozialistengesetzes im Deutschen Reichstage dieses schmachvolle Treiben; mit schweizerischen amtlichen Altschädeln bewies er, daß das Druden der „Freiheit“ von einem Schweizer Schreiber Brennwald im Auftrage eines Comités bestellt wurde und daß dieser Schreiber schon seit Jahren im Dienste der Berliner Polizei stand, daß er Geld auf Anweisung des Polizeiraths in Berlin empfangen und seine Berichte an den Polizeibeamten Erdler geschickt habe. Auch ein Hamburger, „Genosse Wischmann“, war Mitarbeiter der „Freiheit“ und zwar im Solde des Altonaer Polizeikommissärs Engel unter der Oberleitung des Polizeidirektors Krüger in Berlin. Als Wischmann in Hamburg zu bekannt geworden und infolgedessen als Spion unbrauchbar war, wurde er ohne Pension entlassen und bekannte (im Juni 1888) in einem Brief an den Abgeordneten Auer seine Schamerei; Wischmann war es auch, der in die „Freiheit“ (Nr. 12; 1891) eine Korrespondenz aus Hamburg hineinbrachte, durch welche anfänglich des Altonaer auf den Baren „zur nächsten Kämpfer“ in anderen Ländern aufgefördert wurde. Wischmann wurde später wegen wissenschaftlicher Demagogie zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Gerichtlich wurde die Spionthätigkeit zuerst 1881 festgestellt in dem ersten großen Hochverratsprozess unter dem Sozialistengesetz gegen D a b e u und Genossen. Dab, ein belgischer Anarchist, hatte in Most's Auftrage in Deutschland Gefinnungsgenossen aufgesucht. Dies war von einem Expedienten der Berliner „Freiheit“, dem Polizeispion Neumann, der preussischen Polizei herrathen worden. Im Dezember 1880 erfolgte in Augsburg Dab's Verhaftung, gleichzeitig wurden in verschiedenen deutschen Städten etwa 50 Personen in Haft genommen, unter ihnen auch ein Schweizer Horch aus Frankfurt a. M. Das Horch gegen einen Wochensohn, von M. 20 im Dienste des dortigen Polizeiraths Rumpf spielte, die „Freiheit“ abnommt, verbreitet und „Säuren“ zu Altonaer beordert hatte, wurde in der Gerichtsverhandlung vor dem Reichsgericht festgestellt, das Zeugnis des Horch abgelehnt und über die Art seiner Verwendung von dem Vorsitzenden ein Urtheil ausgesprochen. Neun Angeklagte wurden im Oktober 1881 zusammen zu 18 Jahren und 11 Monaten Haftstrafe verurteilt, die anderen zu schweren Gefängnisstrafen. Dab wurde nach zehnwöchentlicher Untersuchungshaft zu 2 1/2 Jahren Haftstrafe verurteilt, die er in Halle absaß. Im November 1884 kehrte er nach London zurück.

Most hatte sich inzwischen nach Amerika begeben und von dort aus durch seine mit Hilfe von Lockspitzeln nach allen Ländern verbreitete „Freiheit“ zur Propaganda der That durch Altonaer aufgefördert.

Besonders in Oesterreich fiel diese Saat auf einen günstigen Boden. Karl Rauschitz schloß die folgenden Sätze: „Die österreichische Sozialdemokratie wurde durch das deutsche Sozialistengesetz (1878) schwerer getroffen, als das unmittelbare Objekt desselben; es demüthigte sich ihrer eine gewisse Haltlosigkeit und Verzweiflung. Eine eigene Literatur von Bedeutung hatte die österreichische Sozialdemokratie nicht geschaffen; ihre Literatur war direkt oder indirekt von Deutschland importirt gewesen. Die österreichische Parteipresse war in allen nicht speziell österreichischen Fragen das Echo der deutschen. Als man dieser das Lebenslicht ausgeblasen, wurde sie das Echo einer deutschen Emigrantepresse. An Stelle des „Vorwärts“ trat jetzt für die Oesterreicher die „Annoberer „Freiheit“. Das war nicht geeignet, das falsche Bild richtig zu stellen, das man sich in Oesterreich seit dem Oktober 1878 von der deutschen Sozialdemokratie entwarf. Es gelang der „Freiheit“ um so leichter, Einfluß zu gewinnen, als es zur Zeit ihres Entstehens ein deutsches Blatt nicht gab, das sich offen als sozialdemokratisches betonen durfte. Das Alles hätte schon genügt, politischen Arbeitern den Weg in der österreichischen Arbeiterchaft zu ebnen. Aber zu diesen Umständen gesellte sich noch einer von entscheidender Bedeutung: Zu derselben Zeit, als die Taktik der deutschen Sozialdemokratie anscheinend ihren üblichen Bankrott angeht, begannen die Erfolge der terroristischen Taktik in Russland die Aufmerksamkeit ganz Europas auf sich zu ziehen. Vom Schuß der Wera Sussuljoff (Februar 1878) bis zur Tödtung Alexanders II. (13. März 1881) schien die Kraft der Terroristen stetig anzuwachsen und der Absolutismus im Kampf gegen den unsichtbaren Gegner zu erliegen. Die österreichische Sensationspresse that noch ein Uebriges, einestheils die Thaten der „Nihilisten“ mit einer gewissen Räuberromantik zu umgeben, andererseits sie mehr und andere Thaten verächtlich zu lassen, als sie wirklich begingten. Kein Raub, kein Mord konnte in Russland passieren, der nicht den Terroristen in die Hände geschoben wurde — es sei denn das Gegenstück von dortigen ermordeten Personen. Wer die für die Arbeiterbevölkerung bestimmten Wiener Blätter, namentlich das „Tagblatt“ und das „Extrablatt“ las, der mußte glauben, die Organisation der Terroristen umfasse viele Tausende von Nihilisten und bestehe selbst aus Schlägen, von Kopfschlägen, Verwundung von Staatskassen usw. herkömlich. Das hatte gerade noch gefehlt, um den durch die Rückwirkungen des deutschen Sozialistengesetzes hinfällig gewordenen Arbeitern vollends den Kopf zu verbrennen.“

(Fortsetzung folgt.)

2114

folmt sie in Fabriken oder gefährlicheren Betrieben beschäftigt sind; die Gesetze sind mehrmals in dieser Hinsicht geändert worden, ebenso die Erd- und Waldarbeiter nicht. Die Auszahlung der Entschädigung soll nach dem Beschlage mit der höchsten Woche nach dem Unfall beginnen, da man annimmt, daß der Unterhalt des Beschädigten in den ersten vier Wochen Sache der Krankenversicherung ist. Der Schadenersatz wird prozentual nach dem Arbeitsverdienst der Beschädigten berechnet und ausbezahlt, so lange die Arbeitsunfähigkeit andauert; im Falle der Besserung sinkt, wird die Entschädigung an seine Hinterbliebenen ausbezahlt, bei nur teilweiser Arbeitsunfähigkeit vermindert sich die Entschädigung in entsprechender Weise; außerdem werden die Kosten der Krankenbehandlung bezahlt, und im Falle des Todes der Begräbniskosten. Die Ausgaben bei dieser Versicherung sollen, nach dem Entwurfe, völlig den Arbeitgebern zur Last fallen, da aber Entwurf davon ausgeht, daß der Erwerb ein dem Beschädigten zustehendes Recht gegenüber dem Betriebe sei, welcher ihn beschäftigt. Es wird für die Unfallversicherung eine besonders angeordnete Versicherungseinstellung geschaffen, deren Mittel nach dem Kapitaldeckungs-Schemen aufgebracht werden. Die Betriebe sollen in Gefahrenklassen mit verschiedenen Prämien je nach ihrer Gefährlichkeit eingestuft werden. Das Gesetz soll bereits den 1. Juli nächsten Jahres in Kraft treten — wenn man es nicht wieder noch ein paar Male hin- und herfährt.

**Arbeiter-Versicherung-Gesetzgebung in Spanien.** J. Piernas Surabó lebt in der „Reforma Social“ vom 25. Mai einen Überblick dessen, was bisher auf dem Gebiete der Arbeiter-Versicherung-Gesetzgebung in Spanien geschehen ist. Es ist, so bemerkt dazu das „Socialpol. Zentralblatt“, nicht zu verwundern, daß der größtenteils agricole und in sozialer Beziehung rückständige Staat auch auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung nicht vorgegriffen ist. Es existiert ein im Jahre 1878 zur Zeit der Republik erlassenes Gesetz, das die Arbeit von Kindern unter zehn Jahren verbietet, die der Wurfen unter 15, der Mädchen unter 17 einschränkt, indem es zugleich den Schulbesuch bis zum 13. (14.) Jahre obligatorisch macht und hygienische Maßregeln vorschreibt. Doch ist die Durchführungsverordnung, die gemischte Kommission zur Veranschaulichung einführen sollte, niemals erschienen und das Gesetz ist, dank der Laßheit der totalen Behörden, auf dem Papier geblieben und in Vergessenheit geraten. Für die Invaliden der Arbeit existiert ein finanziell erhaltendes Asyl in der Nähe von Madrid; die Aufnahmebedingungen sind sehr streng und andere Asyls sind wegen der Finanznoth nicht errichtet worden. Arbeiterergänzungs-Einstufen, die Nachfolger der alten Zünfte, existieren nur als Schutzgesellschaften zur Distribution der Gewerbesteuer. Doch sind in den letzten Jahren Kommissionen zur Untersuchung der sozialen Schäden eingesetzt worden, die umfangreiche Berichte publiziert und Gesetzentwürfe ausgearbeitet haben. Der Gesetzentwurf über die Sonntagsruhe ist obligatorisch für Arbeiter unter achtzehn Jahren; es besteht eine gesetzliche Prämie für die Sonntagsruhe in Arbeitsverträgen; die oben erwähnten Gesetzentwürfen können die Sonntagsruhe jetzt in ihrer Branche obligatorisch machen; ausgegliedert sind Industrien, die auf dem Versorgungswesen zu bestimmen sind, in denen aus technischen Rücksichten die Arbeit nicht unterbrochen werden kann, und Industrie und Handel der notwendigen Lebensbedürfnisse. Vorgelegt ist auch ein Gesetzentwurf, enthaltend das absolute Verbot der Arbeit von Kindern unter zehn Jahren, das Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren in Bergwerken, an Maschinen oder in ungesunden Industrien, das Verbot der Nachtarbeit für Kinder unter 16 Jahren und die Einschränkung der Arbeitszeit auf sechs Stunden bei Jungen unter 14 und Mädchen unter 16 Jahren. In einem dritten Gesetzentwurf soll die Nachtarbeit von Frauen und Mädchen zwischen 16—23 Jahren unterlagert werden; für diese soll das Maximum der Arbeitszeit zehn Stunden mit einer Ruhepause von einhalb Stunden betragen; Frauenarbeit unter 14 Jahren und Arbeit von Frauen, die bald ihre Niederkunft erwarten, wird vollständig untersagt. Später soll nach den Vorschlägen der Kommission zu diesen Maßregeln noch ein Haftpflichtgesetz treten und sollen aus Arbeitern und Arbeitgebern zusammengesetzte Schiedsgerichte eingeführt werden. Bis dahin scheint es aber noch gute Wege zu haben.

**Portugiesische Polizeireformen.** Aus Lissabon wird telegraphisch: Infolge Befehl des Ministers des Innern ist das Lager der ausländischen Bäder, welches dieselben außerhalb der Stadt aufgeschlagen haben, von der Polizei eingeschlossen worden. 300 spanische Bäder wurden an die Grenze geschickt, die übrigen, welche meist Portugiesen sind, gestreut. Militär-bäder versorgen die Stadt mit Wasser.

**Der Auswanderer nach Amerika** muß jetzt noch mehr als sonst gewarnet werden, da ein Anzeichen der schweren Krise, unter der Amerika leidet, noch immer nicht zu bemerken ist. Die Krise hat eine bis jetzt noch nicht beobachtete Tragweite erlangt. Wie nämlich die „Times“ aus Philadelphia melden, ist nach den Berichten der Schiffahrts-Gesellschaften die Zahl der aus Amerika auswandernden Europäer größer, als die der Einwanderer.

**Gewerkschaftliche Angelegenheiten.**

**Durch Einsturz des Gerüstes** an einem Neubau in Pöhlbühnenhof bei Kassel wurden am 22. Juni ein Barler und drei Maurer schwer verletzt. Der Barler starb auf dem Transport zum Krankenhause.

**Ein Dach einsturz.** Am 21. Juni ist das Dach auf dem Bessemerwerk der Hütte „Phönix“ bei Herten eingestürzt. Wie berichtet darüber der „Rheinl. Anz.“ folgendes: Die direkt an der Grenze der Hütte der Aktiengesellschaft „Phönix“ nach dem Ruhrortter Bahnhofe zu liegende Bessemerwerk ist ein massives Steingebäude mit Oberbau und Dach aus Eisenkonstruktion. Als eine sogenannte „Gänge“ fertiggestellt war und der Konverter gelehrt werden sollte, wurde, wie üblich, das Signal für die Personen gegeben, die in der Bessemerarbeit arbeiten; fast unmittelbar hierauf erfolgte der Einsturz. Das schwere Dach war mit donnerähnlichem Krachen niedergegangen. Alles unter seinen Trümmern tragend. Eine Stange und Raughölzer, aus der sich viele Stütze nach nur durch Kosten, mit den Händen, Andere nur kriechend zu retten vermochten, hüllte alsdann den Unglücksplatz ein. Mit dem Dach ist auch die nach dem Werke zu gelegene Seitenmauer der Bessemerwerk eingefallen, die beiden Kamine ranben schief, ebenfalls mit dem

Einsturz drohend. Drei Personen sind bei der Katastrophe getötet worden, zwei davon waren Familienmitglieder. Nur dem Umstande, daß die Arbeiter, durch das gestohlene Dampfrohr genant, noch im letzten Moment der Gefahr ausweichen konnten, ist es zu danken, daß nicht mehr Menschenleben zu beklagen sind.

**Die Baumfälle** haben sich in der vergangenen Woche in bedenklicher Weise vermehrt. Im Westfalen im Neubau des Ständehauses durchschlag am 20. Juni ein herabfallender Balken drei Arbeiter des Gerüstes, wobei fünf Zimmergesellen schwer verletzt wurden. — In Kassel wurden am 27. Juni bei einem Kanaleinbau ein Arbeiter getötet und drei schwer verletzt. — Am Nachmittag des 23. Juni ist ein Teil des Hauses Kirchstraße 12 in Charlottenburg eingestürzt. Auf dem Grundfund Kirchstraße 13 soll ein Neubau ausgeführt werden und ist behufs Fundamentierung mit den Ausschachtungen begonnen worden. Diese Arbeiten sind in Rücksicht auf das Alter des Hauses Nr. 12 mit der größten Vorsicht ausgeführt. Das Haus Nr. 12 hat nach der Rekonstruktion zu einem nicht unterstellten Thorweg mit darüber liegender Etage und Bodenräumen und die Brandmauer war durch starke Abstellungen gestützt. Um 4 1/2 Uhr, als den Arbeitern auf der Baustelle eben durch die Signalpfeife des Barlers der Schluß der Besprechung verständlich wurde und die Arbeit wieder aufgenommen werden sollte, hörte man ein bedenkliches Strachen, und gleich darauf stürzte der nicht unterstellte Teil des Hauses Nr. 12 in sich zusammen. Glücklicherweise sind Personen nicht verletzt worden — es hätte allerdings nur der Bruch von einer Minute bedurft, und mehrere Menschenleben wären gefährdet gewesen. In den Räumen aber dem eingestürzten Thorweg waren die Dienstbuben einquartiert und waren auch diese nicht in ihren Zimmern anwesend. Ein Kronglomerat von Mauersteinen, Balken, Dielen, Dachziegeln, Möbelen, Betten und Kommoden liegt in einem großen Trümmerhaufen durcheinander; der eingestürzte Teil des Hauses ist wie mit einem Meißel von dem stehengebliebenen abgetrennt. Von polizeilicher Seite sind entsprechende Maßnahmen getroffen worden. — Ein Haus einsturz wird auch auf Reichenberg in Böhmern telegraphisch berichtet. Am Donnerstag, 28. Juni, Vormittag, ist ein Teil eines Neubaus eingestürzt, wobei mehr als zwanzig Arbeiter unter den Trümmern begraben wurden. Bis Mittag sind zwei Tote, drei Schwerverletzte und fünf Leichtverletzte geborgen worden. Die Lebrigen, darunter der Sohn des Baumeisters, befinden sich noch unter den Trümmern. Man vermutet, daß der Einsturz durch Bodenabsenkungen verursacht wurde.

**Einem natürlichen Todes.** sterben bekanntlich die meisten Menschen. Es fragt sich nur, was man unter „natürlichem“ Tod versteht. Man lese einmal die Sterketafel des 1. Quartals 1894, die die Zentralkasse der Maurer, Gipser (Erdarbeiter) und Stukkateure Deutschlands, „Grundstein zur Einigkeit“, in Aktion veröffentlicht hat. Da werden 71 Tode aufgeführt, und von diesen 71 sind nicht weniger als 39 an irgend einem Lungenleiden (meist Lungenabszess) gestorben. Das heißt mit anderen Worten: 55 p/100; also mehr als die Hälfte aller Bauhandwerker, sterben an der Lungenabszesskrankheit. Aber, wie gesagt, ist sterben eines „natürlichen“ Todes! Der Verweis ist nicht schuld daran!

**Der Streik der Zimmerleute** in Danzig hat eine andere Wendung genommen. Es wurde der partielle Streik beschlossen und die benannten Arbeiter, welche den jetzt ermäßigten Stundenlohn von 38 S. hatten, die Arbeit aufgenommen. Bis zum 22. Juni haben 23 Arbeiter diese Forderung bewilligt. Obgleich jetzt schon die sechste Woche der Streik dauert, ist die Haltung der Streikenden eine vorzügliche. 130 Zimmerleute haben bisher Danzig verlassen, darunter viele Familienmitglieder. Die Zahl der noch zu unterhaltenden Kameraden beträgt zur Zeit 300 Mann, darunter Familienmitglieder mit einem bis sechs Kindern. Die Arbeitergehorchen wollen und ausdauern, denn sie beschließen in einer letzten abgehaltenen Zunftversammlungsversammlung, niemals unsere Forderung zu bewilligen. Inzug ist nun bisher noch nicht zu verzeichnen. Wohl machen einige Fischer und Metzger und einige Kontaranten, trotzdem hoffen wir, bald den Sieg zu erringen. Wie richtig hiermit an alle Arbeiter das Gelingen, und in unserem schweren Kampf durch Geldmittel zu unterstützen. Werder erbitten wir an Eugen Sellin, Danzig, Mitternachts 17.

**Das Gewerkschaftskartell** in Arnstadt i. Th. hat im letzten Jahre sein Augenmerk darauf gerichtet, die der Organisation fernstehenden Arbeiter zu organisieren. Es gelang, die Schneider zu organisieren und eine Zahlstelle des Schneider-Verbandes zu errichten. Die Bemühungen, die Bauhandwerker zu organisieren, sind bis jetzt erfolglos gewesen. Einige Bauhandwerker hatten sich bereit erklärt, den resp. Organisationsbeiträgen. Nachträglich machten sie ihren Beitritt davon abhängig, daß die in Arnstadt arbeitenden, auf dem Lande wohnenden Bauhandwerker sich gleichfalls der Organisation anschließen. Es muß jetzt darauf hingearbeitet werden, diese Leute von der Nothwendigkeit der Vereinigung zu überzeugen. Bei dem gegenwärtigen Stande der Organisationen in Arnstadt wird bis auf Weiteres die Thätigkeit des Gewerkschaftskartells sich hauptsächlich auf die Agitation erstrecken. Um diese wirksam betreiben zu können, hat sich das Kartell fester organisiert und ein Reglement für seine Zusammenkunft und für seine Arbeiten gegeben. Zweck der Gewerkschafts-Kommission ist, für die Ausbreitung und Kräftigung der gewerkschaftlichen Organisation zu wirken. Sie hat durch rege Agitation dafür zu sorgen, daß möglichst alle Arbeiter der verschiedenen Berufs sich einer Organisation anschließen. Dies soll erreicht werden: a) durch mündliche und schriftliche Agitation; b) durch Regelung der Versammlungswesen; c) durch Regelung der freiwilligen Sammlungen bei Ausfällen; d) durch Regelung des Herbergswesens; e) durch Aufnahme von Statistiken, Organisation, Lohn und Arbeitszeit betreffend.

Die Gewerkschafts-Kommission besteht aus den in ordentlichen Mitglieder-Versammlungen der am Orte bestehenden Organisationen gewählten Vertretern und den jeweiligen Vorsitzenden der Organisation.

Jede Organisation hat nur einen Vertreter, und zwar auf ein Jahr zu wählen.

Die Kommission wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden, welcher die gefassten Beschlüsse zur Ausführung zu bringen hat.

Die Kommission wählt ihre Ausgaben aus den ihr von den Gewerkschaften, nach Maßgabe der Mitglieder derselben, zu gewiesenen Mitteln.

Die Kommission hat jedes Jahr in einer öffentlichen Versammlung über ihre Thätigkeit zu berichten. Nach dieser

Versammlung haben die Neuwahlen zur Kommission stattzufinden.

Die Auffassung der Kommission kann nur auf Beschluß einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung stattfinden.

Änderungen des Reglements können nur mit Zustimmung der gesammelten dem Kartell angehörenden Gewerkschafts-Organisationen erfolgen.

**Das Gewerkschaftskartell** in Bochum eröffnete am 1. Juli beim Wirtz Harnid, Post- und Königsstr.-Ecke, eine Zentraloberberge für sämtliche organisierten Arbeiter, worauf wir dielesen hiermit aufmerksam machen.

**An die Vertretungen der Zentraloberbergen** in Deutschland. Aus Düsseldorf wird uns die Mitteilung gemacht, daß daselbst im Gasthof „Zum roten Ochsen“, Döhren-gasse 10, eine Zentraloberberge eingerichtet worden ist, welche den nach der Schweiz reisenden Arbeitern angelänglich empfohlen wird. Ferner wird ersucht, dem Unterzeichneten die Adressen der Zentraloberbergen, welche in Deutschland bestehen, angeben zu wollen, damit ein Austausch der Blätter erfolgen kann. Adresse: A. Klein, Schuhmacher, Pulverstr. 16, Düsseldorf.

**Aus Wöhrnen, Reichenberg, 1. Juli.** Die böhmischen Bauarbeiter waren von jeder eine Branche, welche am schwersten zu organisieren ist; Schuld daran trägt in vielen Fällen die Tatsache, daß die Bauarbeiter nur wenige Monate im Jahre Arbeit haben und einen Sommer da, einen anderen wieder wo anders zubringen. Für eine politische Organisation können sie sehr schwer gewonnen werden, weil das Währungs-niveau des gewöhnlichen Bauarbeiters noch auf einer zu niedrigen Stufe steht, um den Werth einer solchen Organisation ermessen zu können. Infolgedessen müssen wir unser Hauptgewicht auf die Sachbewegung legen und mit dieser den Bauarbeitern die nötige Bildung und das Solidaritätsgelbst beibringen. Was nun den Fortgang der Forderungsbewegung im Reichenberger Bezirke anbelangt, so müssen wir zugeben, daß dieselbe langsam, sich einen mühsamen Weg in der österreichischen Arbeiterbewegung zu erobern. Aber die Tatsache kennt, daß es sehr schwer ist, mit den böhmischen Bauarbeitern über die Arbeiterbewegung zu reden, der muß es um so freudiger begehren, daß es nun auch unter ihnen anfängt, Licht zu werden. Schon die heutige Mailerlei bewies, daß die Bauarbeiter nun anfangen, ihre elende Lage zu erkennen. Während im vergangenen Jahre auf fast sämtlichen Bauten gearbeitet wurde, fielen diesmal umgehört 700 Bauarbeiter den 1. Mai durch Abhaltung einer Versammlung, welche einen sehr günstigen Verlauf nahm. Der frühere Forderungsbewegung hat seine Statuten geändert und sich als Verband konstituiert. Durch die 40 Versammlungen, welche in unserem Bezirke abgehalten wurden, ist die Mitteloberberge des Verbandes um ein beträchtliches gestiegen; während der frühere Forderungsbewegung nur eine geringe Mitteloberberge und sehr schwach besetzte Versammlungen aufzuweisen hatte, ist die Zahl der Verbandsmittelglieder binnen zwei Monaten auf 600 gestiegen und sind die Versammlungen, welche abgehalten werden, immer zahlreicher besucht. Die der Zentralstelle näher gelegenen Bezirke gründen keine Filialen, sondern haben sich derselben angeschlossen. Statuten sind bis jetzt für 6 Filialen der Statthalterei übergeben worden, welche in kurzer Zeit zurückkommen werden; und bestehen dann im Ganzen 6 Filialen.

Zu letzter Zeit fanden mehrere Demonstrationen in Bezug auf Einschränkung der Arbeitszeit statt. Trotzdem ein gesetzlicher einstündiger Arbeitstag besteht, müssen die Arbeiter auf den verschiedenen Bauten bis 8 oder 9 Uhr Abends arbeiten. Die hohe Beförderung bewußte die Ueberletzungen erst dann, als Hunderte von Bauarbeitern darauf hinwiesen. Natürlich, wenn die Unterehmer das Gesetz verletzen, sieht man es nicht, wären es die Arbeiter gewesen, da hätte man schon gute Klagen gehabt. Sie war nun gezwungen, gegen die Baummeister einzuschreiten, indem die Ueberstunden unterlagert wurden.

Auch unter den Ziegelarbeitern wird eifrig gearbeitet; um sie in die Organisation hineinzubringen. Es fanden zu diesem Zweck hier und in der Umgegend einige Versammlungen mit gutem Erfolge statt. Diese Arbeiter werden nicht nur von den Ziegelarbeitern, sondern auch von den Kontinenten aufgebeutet, und es ist als ein Wunder zu betrachten, wenn kein Schuldner für die nächste Woche bleibt. Wenn der Morgen grau wird, angefangen zu arbeiten und nicht früher aufgehört, bis es finster geworden ist. Die Lebensweise ist eine miserabile, denn die Hauptnahrung besteht aus Brot, Schnaps und Wasser. Zur Lagerstätte dient meist ein Hund Strohhalm. Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß die Ziegelarbeiter immer mehr physisch und geistig herabkommen und langsam der Auflösung zugehen, obwohl das Alter noch nicht weit vorgeschritten ist. Es giebt wohl Zehrerzweiervereine, aber die Arbeiter sind den Ausdeutern schuldlos preisgegeben. Wer an diesen unmenhlichen Zuständen leid hat, weiß wohl Zehermann.

**„Sozialdemokratischer Streikpost“** endete ein offizieller Bauarbeiter in den Streiks, die in England im Jahre 1892 ausgebrochen wurden, fast ausschließlich das Wert der neuen — sozialdemokratischen — „Klassen-Unions“. Amstank ist zunächst, daß je nach dem Augenblicksbedürfnis von den deutschen Kapitalistensindern die englischen Gewerkschaften, auch die neuen, bald als Gegner der Sozialdemokratie gepriesen, bald als deren Anhänger bezeichnet werden. Daraus, daß nur 40 p/100 der 600 Streiks mehr oder weniger siegreich für die Arbeiter ausfielen, folgert der Wächter, Streiks seien überhaupt verwerflich. Weßhalb — muß man da zunächst fragen — werden denn nicht auch die gleichfalls in amtlicher Statistik bereits bezeichneten Streiks von 1893 mit erörtert? Die fielen weit günstiger aus; und in aller Erinnerung ist noch der siegreiche Ziegelstreik der Bergleute, die doch einer „alten“ Gewerkschaft angehören. Uebrigens mögen sich die offiziellen Streikenden das hinter die Ohren schreiben: Daß ein Streik ein Uebel ist, weiß jeder Arbeiter. Streiks sind aber ein notwendiges Uebel, weil Arbeiter, die niemals Widerstand leisten gegen Ausbeutung, in ihrer Lebenslage ständig tiefer herabgedrückt werden.

**Der große Bergarbeiter-Ausfall** in Schottland hat am 28. Juni begonnen. Ungefähr 70 000 Arbeiter traten in denselben ein; während etwa 8000 weiter arbeiteten. Die Ursache ist bekanntlich, daß die Arbeiter eine Lohn-erhöhung verlangen, welche die Grubenbesitzer nicht bewilligen wollen. Die Ansichten des Ausfalls sind nicht die besten. Die Klassenbestände der Arbeiter sind sehr klein, und die englischen Gewerkschaften haben nur eine wackelige Umlage von 6 Pence anfaher der erwarteten 2 Schillinge beschließen. Die schottischen Bergleute sind daher sehr enttäuscht, da sie nur eine wackelige Ausstandsabgabe von 2 1/2 Schilling anfaher 8 Schilling erhalten würden. Unter diesen Umständen sind die Ansichten für die



Es entspann sich darüber eine lebhafte Debatte, worauf Kollege Wittke mit 24 gegen 15 Stimmen wegen großer Beteiligung der Versammlungsmitglieder ausgedrückt wurde. Nunmehr gab der Bevollmächtigte bekannt, daß die Zentralbehörde einen anderen Besizer erhalten habe und forderte die Kollegen auf, sich darüber auszusprechen, ob die Forderung der Mauerer dort bleiben soll oder nicht. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, zu warten, bis die Gewerkschaftskommission sich über diese Angelegenheit ausgesprochen hat. An Stelle des Kollegen Wittke wurde Kollege Korbmann als zweiter Kassierer gewählt. Ueber die Frage: „Wie stellen wir uns zu Kaiser Ludwig und seinem Gedenktage?“ wurde nach langer Debatte beschlossen, sich mit dem Bevollmächtigten der Zählstelle in Bezug in Verbindung zu setzen, weil die meisten Kollegen, welche im Verbandsrat, dieser Zählstelle zugehören. Die Abrechnung betreffs der Mitgliedsbeiträge zum Gewerkschaftsrat, welche Kollege Ahrens vorlegte, ergab, daß 41,50 auf Sammelstellen eingekommen sind, somit ein Ueberschuß von 1,50 gebildet ist. Es wurde beschlossen, den Ueberschuß zur Deckung der Schulden auf die Fänge zu verwenden. Sodann berichtete ein Kassierer, daß der Kassierer in der nächsten Versammlung die Abrechnung bringen will. Es wurde darüber eine scharfe Kritik gelebt, weil das zweite Quartal zu Ende ist und noch keine Abrechnung gemacht ist. Dann wurde beschlossen, einen Fall am 15. Juni in Bremerhaven im „Kollektiv“ abzuhalten, wozu ein zehnjähriges Comité gewählt wurde. Sodann wurden zwei neue Kollportureure gewählt und zwar die Kollegen Kallil für Bremerhaven und Schilke für Westmünde und erfolgte hierauf Schluß der Versammlung. — Die Kollegen werden aufgefordert, wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung vollständig in der nächsten Versammlung zu erscheinen.

**Berlin.** Eine öffentliche Mauererversammlung für Schöneberg und den Westen Berlins tagte am 10. Juni im Lokale Richter in der Scherzstraße, in welcher Kollege Silberstein nicht über das Thema: „Was lehrt uns die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe?“ referierte. Redner führte ungefähr Folgendes aus: Die Arbeitslosigkeit der großen Masse rührt von der anarischen und wahnwitzigen, in's Ungemessene sich steigenden Produktion her, welche die Krisen erzeugt und dadurch Tausende von Arbeitern aus's Straßenpflaster wirft. Da der Markt zu dieser Zeit von Produkten überflutet, die breite Masse des Volkes aber nicht kaufen kann und in Folge dessen die Produktion eingestellt wird. Auf der einen Seite sieht man die ungeheure Baucapitalversicherung, auf der anderen die große, drückende Armut und Unterernährung. 80000 Wohnungen fanden im vorigen Winter in Berlin leer und 8000 Menschen waren zu derselben Zeit ohne Unterkommen!!! Anstatt einer Wohnung von mindestens drei Zimmern, Badeeinrichtung und zu weiter, wie sie aus hygienischen und sanitären Rücksichten eine Arbeiterfamilie mit 5 Kindern braucht, muß dieselbe eine kleine Wohnung von Stube und Küche bewohnen; ja, in den meisten Fällen muß sogar noch die Stube an Schlafleute vermietet werden, bis um die theure Miethse zu erschwingen. Die arbeitende Klasse kann ihre Bedürfnisse wie in Wien, so auch in dieser Hinsicht nicht befriedigen, deswegen kein Bedarf an Wohnungen. Um nur die notwendigen Bedürfnisse zu decken, müssen Frau und Kinder mitarbeiten. So wird schon dem Kinde der Stempel der Armut aufgedrückt, bevor es das Licht der Welt erblickt. Die schlechte Nahrung und die harte Arbeit der Mutter verhindert das geistliche Wachstum des Embryo und das Kind kommt als Schwächling oder mit allerlei Fehlern behaftet zur Welt. Da die Mutter dann zum Lebensunterhalt mit beitragen muß, entbehrt das Kind der ihm so nötigen Aufsicht und Pflege und schon im zarten Alter muß dasselbe beim frühen Morgenrauchen durch die Straßen der Stadt eilen, um durch Betteln oder Freßbrottragen die drückende Noth der Familie zu lindern, wobei es der in diesem Alter so bedürftigen Ruhe entbehren muß. Die Folgen bleiben nicht aus; ein frühes Siedtstump stellt sich ein, das Kind bleibt im Wachstum zurück, wie auch die Messungen verschiedener Organe ergeben haben, daß die durchschnittliche Größe eines wohlhabenden Kindes 8-4 Zentimeter die des armen Kindes übersteigt. Man merkt es auch an den Ausgehenden zum Militär, wo die Durchschnittsgröße in jedem Einlen begriffen ist und die Untauglichkeitsliste hauptsächlich in großen Industriekzentren befandig wächst. So liegt schon der Keim des Siedtstums und des frühen Todes in der Kindheit des Arbeiters. Was Wunder, daß, wie sich laut Statistik feststellt, ist, das Durchschnittsalter des Arbeiters sich auf 32 Jahre, dagegen das des reichen Mannes auf 50 Jahre stellt. Viele haitolozn und erbarmlichen Zustände zu ändern, hat die sozialdemokratische Partei auf ihre Fahne geschrieben, indem dieselbe die kapitalistische Baucapitalproduktion in eine gemeinschaftliche umgestalten will. An diesem Kulturwert mitzuarbeiten, sollte Ehrenlohn jedes Arbeiters sein und für dasselbe keine ganze Kräfte, die ihm innewohnen, einlegen. Aber da ein großer Theil der deutschen Arbeiter noch nicht zu dieser Einsicht gekommen, so ist es die Pflicht jedes aufgeklärten Arbeiters, auch in die Gewerkschaftsorganisation einzutreten, um durch diese der immer intensiver sich gestaltenden Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital einen Damm entgegen zu setzen, die Mißstände und Ueberschüsse der Unternehmer oder deren Vertreter an das Tageslicht zu bringen und der Öffentlichkeit preiszugeben. Eine gute Gewerkschaftsorganisation ist im Stande, auch in dieser Hinsicht die Arbeiter halbmäßig einzuweisen zu sichern, vorausgesetzt, daß sich die Regierung für dieselbe entschließt. Wollen wir aber noch lange in dieser Hinsicht gegen unser eigenes Wohl stehen, so wird die Zeit kommen, wo wir vollständig dem Pauperismus verfallen und wie eine ausgepöbelte Hirone fast und krafllos jeder Willkür des Unternehmertums preisgegeben sind. Und mit einer solchen Masse ist wahrlich kein Ideal, das ist die kommunistische Produktionsweise, nicht zu verwirklichen. Schließen wir uns deshalb alle Mann der Gewerkschaftsorganisation an. Redner erntete reichen Beifall, und wurde eine dem Vortrage entsprechende Resolution angenommen, worin sich alle Anwesenden verpflichteten, dem Zentralverband der deutschen Mauerer beizutreten.

**Koblenz.** Am 24. Juni, Vormittags 10 Uhr, tagte im Sprangerischen Saale eine öffentliche Mauererversammlung unter dem Vorsitz des Genossen Wunke mit der Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Lage der Bauhandwerker im Allgemeinen und durch welche Mittel kann dieselbe verbessert werden?“ Trotz dem dieses keine politische, sondern eine gewerkschaftliche Versammlung war, forderte der überwachende Polizeioffiziant die Mitglieder ab, sowie die weibliche Bevölkerung auf, den Saal zu verlassen, welchem Verlangen aber vom Vorsitzenden, sowie

von dem Referenten Bösch aus Rarnsburg durch Ausführung der einschlägigen Gesetzesparagrafen bereit widerprochen wurde, daß er sich genöthigt sah, von seinem Begehren Abstand zu nehmen. Der Referent Bösch verbreitete sich dann eingehend darüber, daß durch die Arbeitslosigkeit auch im Baugewerbe viele Bauhandwerker krafllos und heimatlos werden und dem Hunger preisgegeben sind, und im Sommer, wenn die Mauerer glauben, die größte Hungerzeit sei überstanden, bestüße das Unternehmertum die Gesehnenheit, fremde Arbeitskräfte heranzuziehen. Da mit dem Kraken einschlägigen Referat Alle einverstanden waren, wurde dem Vorsitzenden eine Zusammenkunft zu erklären gelassen, auf welcher sich zwelundzwanzig einigseten ließen. Es wurde nun sofort zur Wahl der ständigen Verwaltung geschritten. Als erster Bevollmächtigter wurde Kollege Wittmann, als zweiter Bevollmächtigter Kollege Kraft, als Kassierer Kollege Witt, als dessen Stellvertreter Kollege Korb und als Schriftführer Kollege Kneulein gewählt. Als Redneren wurden die Kollegen Korb, Schmitt und Wittmann gewählt. Darauf gab der erste Bevollmächtigte bekannt, daß Sonntag, den 1. Juli, Nachmittags 4 Uhr, im Lokale Kamer, Schwegel D 107, eine Mitgliederversammlung stattfinden wird, worauf erfolgte mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung Schluß der gut beleuchteten Versammlung.

**Konstanz.** Eine öffentliche Versammlung der Mauerer und verwandten Berufsgegenossen fand am 23. Juni statt. Der Einberseher, Kollege Schilling, eröffnete die Versammlung und wurden die Kollegen Schwall als Vorsitzender und Stekale als Schriftführer gewählt. Hierauf erhielt der Referent, Kollege Schilling, das Wort, welcher in einfündigem Vortrage den Zweck und Nutzen der Organisation besprach und die Anwesenden aufzuforderte, dem Verbandsrat beizutreten. Die Diskussion war lebhaft und wurde im dritten Punkt das Gehören der hiesigen Mauerer gehörig beleuchtet; besonders Herr H. H. erwarb sich durch seine Mitgenommen wegen verschiedener Sagen. So hat er dem Kollegen Stamer zwei Jahre lang den Beitrag für die Alters- und Invalidenrente abgezogen und bei der Entlassung desselben ihm nicht einmal eine Karte geben können; ferner hat er auch dem Kollegen Schwall auf dessen Erklärung hind, daß er sich nicht gefallen lasse, das zwei Jahre stehen bleiben sollen, er wolle dann lieber aufhören zu arbeiten, von diesen zwei Tagelöhnen, (das andere Geld hatte der Kollege schon in Händen) für jeden Tag, den der Kollege bei ihm gearbeitet, 20 % abgezogen. Das Schlußwort nahm der Referent, der die Anwesenden aufzuforderte, eilige Mitglieder zu werden und sich eingehend der Worte: „Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!“ dem Verbandsrat anzuschließen. Auch Kollege Schwall brachte noch ein begeistertes Schlußwort und schloß die Versammlung mit einem Hoch auf den Achtundentag.

**Bayreuth.** Am Sonntag, den 3. Juni, fand bei Wolf „Am Kreuz“ eine öffentliche Versammlung der Arbeiter des Baugewerbes statt. Genosse Siebert aus Nürnberg beleuchtete in pacdenen, aus dem Leben gegriffenen Bildern die Situation der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse mit besonderer Rücksicht auf die einschlägigen Verhältnisse im Baugewerbe. Die echt volksthümlichen, gerobe für die hiesigen Verhältnisse recht passenden Ausführungen eblichten in der grundlegenden Bedeutung der Organisation als das A und O der gewerkschaftlichen wie politischen Arbeiterbewegung. Mit einem warmen Appell an die Anwesenden, einzutreten in den Rahmen der Organisation, schloß der Redner seinen begeisterten aufgenommenen Vortrag Genosse Hegel von hier schloß sich den Ausführungen des Vordredners an, nicht insbesondere das oft gebürte Argument, das mit der n o m i n a l e n Höhe des Spielens, einen Wochentag von 24-27 als hoch bezeichnet, auf seinen wahren Werth zurück, weist auf die namentlich im Baugewerbe als Vordredner sichtbare Konträre durch das arbeitslose Proletariat der Handwerker hin, wobei heute jede Berufsbranche vertreten ist — sogar einen Schullehrer hat Redner dort getroffen. Dazu kommt das bittliche Familienleben des Mauerers, sei nach Mitter; ein hier vorgekommener Unfall auf dem Wegespaß illustriert so recht die Schlußlosigkeit bei unorganisierten Arbeitern in Unfallsfällen; das Anwachsen der aus zerstörten Familienverhältnissen hervorgehenden Verbrechenrolone am Ende des 19. Jahrhunderts, das Alles weist mit elementarer Gewalt auf die Nothwendigkeit der Organisation als Voraussetzung eines geordneten Zusammenwirkens namentlich für die Bauhandwerker hin. Nebenbei die Verwendung der Arbeitererfolge nach der Vorstellung des „Bayreuther Intelligenzblattes“ in seiner Fronie streifen, empfindet Redner den Ausführungen des Referenten Folge zu leisten. Nun ist es Sache der hiesigen Bauhandwerker, zu zeigen, was sie können und — sie werden's zeigen.

**Schwedt a. d. O.** Am 24. Juni fand im „Deutschen Hause“ hierseits eine öffentliche Versammlung aller im Baugewerbe beschäftigten Arbeiter statt, welche von etwa 100 Personen besucht war. Herr Silberstein aus Schwabeburg, Berlin sprach über „Die wirtschaftliche Lage im Baugewerbe und was lehrt uns dieselbe?“ Redner führte in längerer Ausführungen die schlechten Erwerbsverhältnisse im Allgemeinen und die im Baugewerbe im Besonderen auf die wirtschaftliche Krise zurück, in der wir uns seit Anfang der hiesigen Jahre befinden, und welche seit dieser Zeit mit kleinen Unterbrechungen immer schlimmer geworden ist. Er ging dann auf die allgemeinen sozialen Verhältnisse ein und führte unter Anderem an, daß es in Berlin neben 83000 leerstehenden Wohnungen 8000 Obdachlose gäbe. Am Schluß seiner Rede ermahnte Referent die freilebenden Mauerer, den Kampf in besseren Weise wie bisher weiter zu führen. Alle folgenden Redner erklärten sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und einige verwarfen sich gegen das Proletariat „Gaullerz“, das man den streckenden Mauerern belege. Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, mit welcher sich die Anwesenden verpflichteten, den Streik bis zum Erlöse weiterzuführen. Mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

**Einflußnahme.** Rbin a. Rh. Die am 24. Juni im Vereinslokale einberufene Generalversammlung war leider etwas schwach besucht. Zu Eingang derselben wurde vom Vorsitzenden das neu ausgearbeitete Statut für die Bisthölter vorgelesen und dasselbe von der Versammlung angenommen. Infolge Unklarheit des hiesigen Statuts und harter Bemühung der Bisthölter hatten sich verschiedene Mißstände eingeschlichen, welche durch das neue Statut offensichtlich beseitigt werden. Kollege Weiners, der

bisherige Schriftführer, legte am heutigen Tage Verhältnisse halber sein Amt nieder, und nahm auf Vorschlag der Versammlung Kollege B. B. als dessen Stellvertreter an. Der von Seiten der Berliner Kollegen erlassene Aufruf zum Kongreß im Monat August d. d. h. wurde näher in Erwägung gezogen, und erklärte sich die Versammlung mit dem Vorgehen des Hauptvorstandes in dieser Sache (siehe „Grundstein“ Nr. 23, Seite 7 und 8) einverstanden, sie bewilligt das veraltete Vertrauensmänner-Schema und erkennt die heutige hier bestehende Organisation als die richtige an. Der bei fast allen Mitgliedern längst gefasste Plan für einen Sommerausflug wurde einer Kommission von fünf Mitgliedern zur weiteren Ausarbeitung überwiesen. Zum Schluß wurde wiederum Frage erhoben gegen den zweiten Vorsitzenden, weil er sich in den Versammlungen wenig oder garnicht sehen läßt. Nach kurzer Debatte darüber schritt man zu einer Neuwahl, auf welcher Kollege K. K. mit Majorität hervorragt. Nach Abschluß einiger minder wichtiger Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Generalversammlung am 17. Uhr.

**Dresden.** Eine öffentliche Statutenversammlung fand am 9. Juni im „Bürgerhaus“ statt, welche sich mit folgender Tagesordnung beschäftigte: Der Neumünchtag in unserem Gewerbe. Gewerkschaftliche. Die von den Kollegen aus den verschiedenen Gegenden erstatteten Resultate über Einführung der verkürzten Arbeitszeit, resp. über die geflohenen Unterhandlungen mit den Prinzipalen etc. dieselbe können noch nicht als gänzlich betrachtet werden. Von den 17 hiesigen Gegenden haben bisher nur zwei, und zwar die Firmen G. Bauer und B. Schreiber, unsere Forderung als berechtigt anerkannt und bewilligt und dadurch bewiesen, daß sie ein besseres Verständnis als ihre Kollegen dafür haben, daß aus der verkürzten Arbeitszeit ihnen kein Schaden erwächst. Die größte Zahl der auf Bau arbeitenden Kollegen hört ebenfalls um 6 Uhr auf. Herr Henkel, obwohl er durch das zeitigere Aufstehen selbst keinen Schaden hat, hat gedroht, Jeder sofort zu entlassen, der nicht die zehnjährige Arbeitszeit einhält. Die bei dieser Firma, der größten am Orte, beschäftigten Kollegen beschlossen daher, an einem der nächsten Tage mit Herrn Henkel in gesammelter Redeprache zu nehmen und ihre weitere Verbalten von dem Resultat dieser Unterbrechung abhängig zu machen. Es wird noch bemerkt, daß wie unserer Forderung mit dem nötigen Nachdruck Geltung verschafft hätten, wenn das Solidaritätsgefühl der Dresdener Arbeiterschaft in diesem Jahre nicht schon in größerem Maße in Anspruch genommen wäre, und wenn eine, hauptsächlich baltige, Verschmelzung, resp. Einigung des Zentralverbandes und der sonst organisierten Kollegen Deutschlands bereits stattgefunden hätte. Dem Kollegen D. wird von Seiten einiger Kollegen der Vorwurf gemacht, daß er als Vertrauensmann in letzter Zeit ebenfalls noch bis um 7 Uhr, im Kreis auch einmal Sonntags gearbeitet hat. D. u. d. gibt dies zu und bemerkt, daß er als Vertrauensmann nicht allein die Nacht hat, einen Beschluß schon am 28. Mai durchzuführen, der laut der den Arbeitgebern ausgefertigten Direktive erst am 4. Juni in Kraft treten soll. Er fordert die Kollegen auf, ihm anzuzeigen, zu welchem, daß er dieses Jahr im Afford schon jemals länger als bis 6 Uhr gearbeitet hat. Die intrinsemit Sonntagsarbeit ist ebenfalls von ihm und zwar am 1. April als notwendig gegen den damals stattgefundenen Wohnungswechsel gemacht worden; die anwesenden Kollegen sollten dann aber nicht mit bemerken, daß er an Wochentagen, wo er hätte arbeiten können, den veräumten Sonntag nachgeholt hat. Der Kollege G. ist, unterschrieben und den bei seiner letzten beurlaubung betreffend, unterschrieben und den bei seiner letzten Arbeit niemand verbinden würde, um 6 Uhr zu gehen, ist bestrebt, die Arbeitszeit eher zu verlängern als zu verkürzen, denn er ist von Kollegen schon Morgens 6 1/2 Uhr und Abends nach 7 Uhr bei der Arbeit gehalten worden. Die Versammlung gibt ihren Unwillen darüber kund und wird bemerkt, daß er damit nur dazu beiträgt, die Löhne noch mehr herunter zu bringen. Schließliche dürfte er auch hier einmal, wie in Berlin, bei der Firma Westphal, an die falsche Adresse kommen und sich selbst mit schaden. Nach einigen Mittheilungen unter „Gewerkschaftliche“ wird beschlossen, wegen der vorgeordneten Zeit den Aufruf der Agitationskommission zur nächsten Versammlung zurückzustellen.

**Bochum.** Am 23. Juni tagte hierseits im Hurnald'schen Saale die erste Mitgliederversammlung der Stille Bochum des Verbandes der Stilleure, Gipser und verwandten Berufsgegenossen. Der provisorische Bevollmächtigte eröffnete die Versammlung, worauf dann zur Vorstandswahl geschritten wurde. Als erster Bevollmächtigter wurde Friz F. F., als erster Schriftführer Carl S. S. und als Kassierer Carl S. S. gewählt, sämtlich in Bochum, einstimmig gewählt. Zu Redneren wurden ernannt: Emil G. G., Carl S. S. und Josef B. B. Es wurde sodann beschlossen, für die Juni- und Juli-Tag eine Versammlung einzuberufen, und zwar in das Hurnald'sche Lokal (Walt- und Pöhlstrassen-Ecke). Die Versammlungen sollen Sonntags Vormittags 10 Uhr stattfinden; die erste ordentliche Versammlung findet am 8. Juli statt. Mehrere Kollegen sprachen sich dafür aus, daß mit aller Energie für die Weiterentwicklung des Verbandes eingetreten werden müsse. Nach Erledigung einer ganzen Reihe minder wichtiger geschäftlicher Angelegenheiten wurde sodann die Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf das Gedeihen des Verbandes geschlossen.

**Eingelandt.**

Aus Reichensbach i. B.

**Kollegen in Reichensbach?**

Eine große Anzahl hat sich hier am Orte unter den Mauerern eingebürgert in Bezug auf das Besuch der Versammlungen, und zwar betrifft dieses die Mauerer, sowie andere öffentliche Brandenerwerbungen, wo wir doch die Moniere der Arbeiterbewegung sein sollten. Es ist nicht richtig, wenn ein Mitglied denkt, es ist genug, wenn ich nur meine Beiträge an den Verband bezahle, die Versammlungen haben jedoch keinen Zweck mehr. Gerade die Versammlungen haben einen großen Zweck, sie sind von großem Nutzen, nur hacl besucht sollten sie sein und keiner sollte fehlen. In den Versammlungen muß man sich gegenseitig unterstützen und belehren. Hier sollen die gewerkschaftlichen Beziehungen, die gewerkschaftlichen Interessen gemeinschaftlich beraten werden und Beschäfte gefasst werden über unsere Gemeininteressen. Dies ist aber nur möglich, wenn alle Kollegen stets am Plage sind und keiner sich auf den Anderen verläßt. Keiner soll denken, auf eine Person kommt es nicht an, ein Jeder soll sagen, ohne nicht geht es nicht, ohne

meine Zustimmung soll nichts geschehen. Wenn ein Jeder so denkt und handelt, Kollegen, dann stehen wir auf einem anderen Standpunkt, dann können wir sagen, wir sind gut organisiert und nur dadurch werden wir unseren Zweck voll und ganz erfüllen. So wie es aber jetzt am Orte steht, kann man sagen, unsere Organisation steht nur auf dem Papier. Die Solidarität vermisst man in dieser Hinsicht ganz und gar. Hört man doch so oft sagen: „Ach was, ich bekomme ja eben soviel wie die organisierten Kollegen, wozu soll ich da noch Kröcher sein.“ Wie verkehrt und unrichtig solche Kollegen handeln, das zeigt sich heute deutlich genug in dem Reduzieren des Lohnes, denn die Meister wissen ganz genau, wenn die Gesellen sich nicht einig sind, daß sie allein die Macht in Händen haben, und einen Lohn nach Belieben zahlen können. Darum, Kollegen, helft Alle mit, bessere Zustände schaffen; helft Alle mit, eine bessere Begeisterung für und in unserer Organisation wieder herzustellen; wachtet auf aus Eurer Reihen, zeigt Euch als Männer, als Väter, die besorgt sind, ihre Familie gut und ordentlich durchzubringen. Glaubt nicht, Kollegen, daß wir den Lohn behalten, der jetzt bezahlt wird. Wir nicht! Die Meister fangen jetzt schon an, den Lohn herabzusetzen. Darum, Kollegen, denkt Eure Lage, legt die Gleichgültigkeit ab, haßt nicht. Jene, die dafür eintreten, daß Jeder sein Auskommen haben soll. Haltet, daß Ihr Alle gleich seid, für Eure Familie und Erbsitz zu kämpfen! Und wenn alle Mann für Mann eintreten, Schulter an Schulter stehen, das Auge voll Übermut, voll Siegesbewußtsein auf den Feind, die Kapitalmacht des Unternehmertums, gerichtet, dann, Kollegen, werden ihre Plakationen gescheitern an der Einigkeit, der Macht der Disziplin der Arbeiter und wir werden unsere Erbsitz sichern. Darum, auf und besucht die Versammlungen! Hoch die Einigkeit, hoch die Solidarität! Robert Dörfel, Frauenhäuserstr. 2.

Aus Herzord.

Kollegen! Der Individualismus am hiesigen Orte ist ein sehr großer. Die Folge davon ist, daß der Stundenlohn bis auf den niedrigsten Stand herabgedrückt ist. Die Arbeitslosigkeit hat gleichfalls einen Umfang angenommen, wie nie zuvor, so daß also die wirtschaftliche Existenz eines Mannes am hiesigen Orte auf's Äußerste bedrängt und gefährdet ist. Welt nun aber alles für das Zustandekommen einer guten Organisation, und nur eine solche kann Wandel schaffen, dieser Gehaltene vergrößert war, richte ich zum letzten Male ein Euch Mann und verwandten Berufsgruppen die Aufforderung zur Organisation. Daß diesen ersten, gutgemeinten, in Eurem eigenen Interesse liegenden Wagnis nicht unterbesetzt verfallen. Die nächste Mitgliederversammlung der hiesigen Poststelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands findet am Sonnabend, den 14. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Dörfel in der Reustraße statt. Erhöht alle Mann, legt Euch einzeichnen in den Verband. Ihr tretet damit ein in die Reihen des kämpfenden Proletariats und rettet Euch dadurch vor dem wirtschaftlichen, physischen und moralischen Untergang! S. Heberfeld, Maurer.

Aus Köln a. Rh.

Aus die deutschen Stukturen, Glycer und verwandten Berufsgruppen. Kollegen! Von Seiten der Vertrauensleute der Berliner Kollegen erfolgte in der letzten Nummer dieses Blattes eine Erwiderung auf die Ausführungen des Hauptvorstandes des Zentralverbandes in Nr. 23. Es wird zuerst der Ansicht Ausdruck gegeben, es hätte in der fraglichen Angelegenheit unmöglich der Gesamtvorstand so beschließen können. Daß dies doch der Fall, sei hier kurz konstatirt; einstimmig wurde der Beschluß gefaßt, so vorzugehen, wie geschrieben. Daß dies nach Ansicht der Vertrauensmänner ein „schwerer Fehler“ ist, ändert an der Tatsache selbst nichts; für uns war die Lage der Verhältnisse allein maßgebend. Niemandem liegt die Sorge für Verfehlung einer einheitlichen Organisation mehr am Herzen als dem Hauptvorstand; daß dieselbe aber auf der betreffenden Konferenz nicht zu Stande kommt, dafür bürgt schon die Haltung der Berliner Vertrauensleute gegenüber dem Beschluß der Versammlung vom 15. April über den Beitritt zum Zentralverband. Dieser Beschluß mußte, wenn auch nur 46 Kollegen anwesend waren, für die Vertrauensmänner maßgebend sein, schließlich ein weitere größere Versammlung einzuwerfen, welche sich um der nämlichen Frage beschäftigen sollte. Eine öffentliche Versammlung, die Beschluß gefaßt, eine Konferenz einzuwerfen, würde der Hauptvorstand der Sache wesentlich anders gegenüberstehen. Statt dessen erfolgte die Einberufung einer Versammlung durch die Vertrauensleute nach Berlin. Wer die Verhältnisse kennt, unter welchen der Zentralverband gegründet wurde, und der Verleumdungen sich erinnert, die damals gegen einzelne unserer Kollegen geschleudert wurden, muß zu der Ueberzeugung kommen, daß ein einheitliches Vorgehen mit den beiden Vertrauensleuten, die seinerzeit so schon verleumdete, absolut unmöglich ist, bevor nicht die Ursache, der Streit um die Form der Organisation, beseitigt ist. Was soll unter solchen Umständen die Konferenz bewirken? Einweber man schließt sich dem Zentralverbande an, oder man will denselben so sprengen versuchen. Erstere will ein großer Theil der Berliner Kollegen (vielleicht mehr als die Vertrauensleute glauben) oder nicht werden. Das Zweite, und damit das weitere Umsichgreifen der Spaltung, werden wir durch unsere Abwesenheit verhindern. Deshalb haben wir an unsere Mitläufer den betreffenden Antrag erlassen, die Konferenz nicht zu besuchen, weil auf Grund der angegebenen Thatsachen etwas Erpressendes nicht zu erwarten ist. Den Schlußsatz: „Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!“ hätten die beiden Vertrauensleute in Stuttgart bezeugen sollen vor der Spaltung, als ihnen von Dörfel vorgeschlagen wurde, lieber ohne Zustimmung auszuwandern und eine Umarmung der Mitglieder über die Organisationsform vorzunehmen. Wir kennen den Ruf und handeln darnach ohne Hintergedanken. Kollegen! Dieses zur Erinnerung, und keine Mißläufe wird anders möglich sein als der Hauptvorstand. Damit wäre diese Sache für uns erledigt; auf Weiteres werden wir uns nicht einlassen, die Folgerichtigkeit wird uns Recht geben. Mit kollegialischem Gruß Der Hauptvorstand. L. A. v. G. v. Dörfel, erster Vorsitzender.

Liedergemeinschaft der Arbeiter-Sängervereinigungen Deutschlands.

Bezugnehmend auf den im Monat August dieses Jahres in Berlin stattfindenden zweiten Delegirtenkongress der Liedergemeinschaft der Arbeiter-Sängervereinigungen Deutschlands richtet unterzeichneter Ausschuss an alle Arbeiter-Sängerverbände resp. Vereine, welche sich der Liedergemeinschaft noch nicht angeschlossen haben, folgenden Aufruf:

Sangesbrüder! Genossen! Als am 25. Dezember 1892 die Delegirten von den verschiedenen Arbeiter-Sängervereinigungen Deutschlands zusammentraten, waren diese von dem großen Gedanken befeuert, eine Notgemeinschaft herbeizuführen, die das freie Volk des Arbeiters auf jene Stufe in der Dichtung wie in der Musik hebt, die ihm gebührt. Und in der That, durch Begründung der Liedergemeinschaft ist auf diesem Gebiet erkenntlich Wandel geschaffen, da die eingeschriebenen Mitglieder viele musikalisch einer eingehenden genauen Prüfung unterzogen werden.

Die Massenauflage der angenommenen Lieder, die im Selbstverlage der Vereinigung erschienen, ermöglichten es, diese an die Mitglieder der Vereinigung zu dem denkbar niedrigsten Preise zu verabfolgen. — Die Liedergemeinschaft z. verlor nicht den Zweck, irgend welche Bestimmungen auf Kunde resp. Vereine, welche der Gemeinschaft nicht angeschlossen, auszusprechen oder zu erlassen. Die wichtigste gute Arbeit, die ein Spiegelbild für die Leben und Freuden des Volkes sein sollen, sie sollen das geistige Band sein, welches der Liedergemeinschaft als Grundlage dient. Überall, wo die deutsche Sprache klingt, sollen die deutschen Arbeiterlieder Gemeingut des freien Sängers sein, nicht nur des Sängers, auch des ganzen Volkes.

Darum appelliren wir an Euch, Sangesbrüder und Genossen, und rufen Euch zu, wolle Ihr, daß nur gute Arbeiterlieder in allen Arbeiter-Gesangsvereinen Deutschlands ihre Verbreitung finden, wolle Ihr, daß die freilichsten Gesänge eine scharfe Waffe gegen die Knechtung des freien Geistes werden, so treten der Liedergemeinschaft der Arbeiter-Sängervereinigungen bei! — Laut protokolllarischer Bestimmung ist es auch einzelnen Vereinen und gemischten Chören gestattet, der Liedergemeinschaft z. beizutreten. — Beitrittserklärungen resp. Anfragen richtet man an unterzeichnete Adresse. Die eventuelle Besichtigung des Delegirtenkongress durch einen Delegirten, sowie die Beiträge, bitten wir bis spätestens 15. Juli anzunehmen.

Der geschäftsführende Ausschuss der Liedergemeinschaft der Arbeiter-Sängervereinigungen Deutschlands. S. A.: Fr. S. Kadex, Berlin N., Alexstr. 69, Hof 1. Arbeiterblätter werden freundl. durch Abdruck dieses gebeten.

Gerichts-Chronik.

Eine sensationelle Anklage wegen Falschbildung sollte am 12. Juni vor der neunten Strafkammer des Landgerichts I in Berlin zur Verhandlung gelangen. Der Angeklagte Bernide ist eine Zeit lang beim Bau der Dammbrücken beschäftigt gewesen. Er geriet mit seinem Vorgesetzten, dem Bauarchitekten, in Differenzen und wurde entlassen. Bernide erhob darauf Anspruch auf 2000 rückständigen Gehalts. Dieser Anspruch wurde beanstandet. Darauf richtete Bernide ein langes Schriftstück an den Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung, worin er ausführt, daß man gut thue, seine Forderung anzuerkennen, denn er habe das Material zum Nachweis in der Hand, daß der dem Bau der Dammbrücken einige Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien. Der Bauarchitekt Bernide habe hinsichtlich nicht, wie vorgezeichnet war, einen Umbau, sondern einen Neubau aufgeführt und die Stadtverwaltung getäuscht. Er behauptete, daß die Veranbarung und Vertheilung gewisser Bauteile mangelhaft ausgeführt sei, daß man die Arbeitskräfte in wahrhaft wunderlicher Weise ausgenutzt habe u. s. w. Das Schriftstück enthielt außerdem persönliche Beleidigungen des Bauarchitekten. Gegen Bernide wurde Anklage wegen verleumdeter Falschbildung der städtischen Bau-Deputation und des Bauarchitekten erhoben. Im gestrigen Termine stellte der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. von Joffen den Vertagungsantrag, da der Angeklagte den Beweis der Wahrheit antreten wolle und hierzu Abgabe verschiedener Bezeugen und Sachverständigen, sowie die Herbeiführung verschiedener Privat-Prozesse notwendig sei. Der Angeklagte berief sich in erster Linie auf das Gutachten des Bauarchitekten. Der Gerichtshof gab dem Antrage des Verteidigers im vollen Umfange statt und vertagte die Verhandlung.

„Wegen groben Mißbrauchs“ und „Beleidigung“ hatten sich die Genossen Karl Grünberg, Hermann Bauer, Beide aus Gartz, und Emil Landgraf aus Burgblab vor dem Schöffengericht in Waldheim zu verantworten. Nach dem Ersturtheil sind die Angeklagten hinreichend verurtheilt, im Februar 1894 im gegenseitigen Einverständnis, Grünberg durch die Abfassung und den Verkauf, Landgraf durch den Druck und Bauer durch die Verbreitung eines Flugblattes, a) durch Anspielung auf frühere, in Gartz allgemein bekannte Vorkommnisse die Arbeiter Gartz auszuführen zu haben, b) solchen Geschichtsleuten, die sich neuerdings ausdrücklich zu konservativen Anschauungen bekant und deren Namen geistlich genannt werden, noch weniger als bisher zu kaufen, hierdurch aber das geschäftliche Leben Gartzs beeinträchtigt, also großen Unfug verübt zu haben, c) die beiden Verurtheilten von Gartz, den Arbeiter Müge und den Diakon Rosenkranz, auf die sich der zweite der oben angegebenen Urtheile bezieht, namentlich durch die auf sie gemünzte Bezeichnung „Wolf in Schafspelz“ der Heuchel und Doppelzüngigkeit gegeben, demnach bestraft zu haben. Die Verhandlung endete mit der Verurteilung der Genossen. Grünberg wegen groben Mißbrauchs und Beleidigung zu 14 Tagen Gefängnis, Bauer wegen desselben Vergehens zu 30 Geldstrafen, Landgraf wegen Beleidigung zu 10 Geldstrafen.

Das Dynamitgesetz, das bis jetzt noch auf keinen einzigen wirklichen Bombenverbrechen Anwendung finden konnte, wird durch zahlreiche Gerichtsurtheile bekundet, desto härter auf harmlose Leute. Ein besonders drastischer Fall einer solchen Verurteilung kam am Donnerstag vor dem Reichsgericht zur Verhandlung. Der Obersteiger Wilhelm Feitich in Gatzdorf war wegen Vergehens gegen das Gesetz zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt worden, von der weitergehenden Anklage, Dynamit ohne polizeiliche Erlaubnis besessen zu haben, jedoch freigesprochen, weil ihm geglaubt wurde, daß er die ihm im Jahre 1892 vom Landrathe in Gatzdorf erteilte Erlaubnis zum Besitz von Dynamit irrthümlich für ausreichend gehalten habe. Nachher hat er nun das Dynamit, welches er vor der Verurteilung besaß, weiter aufbewahrt. Feitich wurde nun, nachdem abermals Anklage gegen ihn erhoben, ein strafbares Vergehen des unerlaubten Besitzes gefunden, und das Landgericht zu Arnsherg verurtheilt ihn deshalb am 21. März d. J. zu vier Monaten Gefängnis. Die Strafzeit wurde darin erlassen, daß er aus dem vorigen Urtheil habe entnehmen müssen, der Besitz jenes Dynamits sei nicht erlaubt. Seine Pflicht wäre es gewesen, sagt das Urtheil, jenes Dynamit mit Hilfe der Polizei zu vernichten, oder sonst auf seinem Besitze zu bringen. — In seiner gegen das neue Urtheil eingelegten Revision führte der Angeklagte aus, er habe doch gar keine neue selbständige Handlung vorgenommen, um sich in den Besitz von Dynamit zu setzen. Es handele sich nur um einen fortgesetzten Besitz, der schon durch das frühere Urtheil für strafbar erklärt worden sei. In der heutigen Verhandlung der Sache vor dem Reichsgericht beantragte der Reichsanwalt die Bewerfung der Revision und bemerkte noch Folgendes: Wäre der Angeklagte in der früheren Anklagephase verurtheilt worden, so hätte er heute ganz denselben Einwand erheben können, nämlich, daß er nicht verurtheilt werden könne, weil er wegen derselben Sache schon verurtheilt worden sei. Das würde aber dahin führen, daß ein Zustand dadurch zu einem straflosen wird, daß er einmal abgeurtheilt wird, und daß man einen straflosen Zustand fortsetzen kann, sobald man ihn einmal gestiftet hat. Hieraus ergibt sich, daß der Angeklagte mit Recht verurtheilt worden ist. — Das Reichsgericht wies auf hierauf die Revision.

Dresdener Arbeiter-Prozess. Die Sozialdemokraten Dresdens hatten beschloßen, am 1. Mai einen Umzug durch die Stadt zu veranstalten, die Polizeidirektion verbot jedoch denselben. Trotzdem sollen sich an dem genannten Tage etwa 6000-8000 Personen an einem Umzuge betheiligt haben, der sich von der Weißeritzstraße nach dem Wismarschen Bahnhof und von hier aus nach Wittenberg bewegte. Darauf wurde gegen eine große Anzahl von Personen von der Staatsanwaltschaft Anklage erhoben: die Polizeidirektion sei berechtigt gewesen, auf Grund des § 12 des Vereinsgesetzes bei der bringenden Besatzung für die öffentliche Ruhe, Ordnung und Sicherheit alle öffentlichen Umzüge und Straßenparaden zu verbieten und die Teilnehmer hätten sich daher strafbar gemacht, zumal sie auch Verleumdungen verübt und somit gegen die Dresdener Verkehrsordnung verstoßen hätten. Am Mittwoch fand die erste Massenverhandlung in dieser Angelegenheit gegen 50 der Verurtheilten, unter welchen sich drei Frauen befanden, statt. Einstimmig wurde behauptet, sie seien nur spazieren gegangen, von einem Umzuge könne keine Rede sein; einige von ihnen erklärten, sie hätten das Haus am 1. Mai überhaupt nicht verlassen. Dagegen bezweigten die Polizeibeamten, daß ein Umzug wirklich stattgefunden habe; allerdings spränkte der Polizeipräsident Unger seine Aussage dahin ein, daß es sich nicht um einen geschlossenen Zug gehandelt habe, es seien vielmehr ungeordnete, bald größerer, bald kleinerer Trupps gewesen. Das Schöffengericht war der Meinung, daß durch die Beweisaufnahme der Inhalt der Anklage bestätigt worden sei und verurtheilte die Buchdruckermeister Schönfeld und Juenig, den Kaufmann Wollsch und den Tischler Sellwebe zu je 2 Monaten Gefängnis, 42 Angeklagte zu je 100 Geldstrafe event. 1 Monat Gefängnis. Die Frau eines Restaurateurs und ein Arbeiter wurden freigesprochen. In den weiteren Verhandlungen werden noch mehr als 100 andere Angeklagte abgeurtheilt werden.

And der Schweiz. Das Urtheil der bernischen Geschworenengericht gegen Waffler ist vom Kassationshof des Obergerichts kasirt worden. Das Vergehen wurde von Hürschbach, dem Vertheidiger Wafflers, gestellt. Generalprokurator Breggen beantragte, das Kassationsbegehren begründet zu erklären mit Rücksicht auf die Form der Bestellung der Jury, auf die Zulassung der Privatparteien, auf die verkehrte Fragestellung (Widerrückstellung der Frage, ob eine Aufforderung, zum Auftritte abzusitzen, erfolgt ist oder nicht). Die Kassation wurde insbesondere damit motivirt, daß bei Konstituierung der Privatparteien wissenschaftliche Vorwissen zum Schaden der Angeklagten benutzt worden seien.

Der „Brillanten“ bemerkt dazu: „Das nennen wir eine weitere That, wieder darum, weil es bedeutenden Nutzen und Unabhängigkeitseifers bedürfte, ein Urtheil zu kasiren, das den Wäutchen und Begehren der herrschenden Parteien so sehr entpraht.“ Nun wird nach § 488 des bernischen Strafverfahrens die Sache nochmals vor die Geschworenen desselben Bezirks verwiesen, wo sie von Neuem verhandelt und beurteilt wird. Der Staat trägt die Kosten. Die Mitglieder der Kriminalkammer, welche an dem Urtheile theilgenommen, sollen jedoch nicht mit urtheilen.

Man darf hoffen, daß nunmehr Recht und Gerechtigkeit über das Parteiinteresse siegen werden.

Literarisches.

„Der Sozialdemokrat“, Zentral-Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW, Weisstraß 2). Zu beziehen durch alle Heilungspediteure. Das Abonnement beträgt durch die Post oder in Berlin durch die Heilungspediteure pro Quartal M. 1,20, unter Kreuzband M. 1,80. Nr. 22 vom 28. Juni hat folgenden Inhalt: Wochenschau. — Der Wahlsieg in Emsbörn-Binneberg. — Auf dem Sterbebette. — Die Frauen und das bayerische Vereinsgesetz. — Mechanik: Anarchismus und Sozialismus. III. — Parteilichrichtigen. — Todtenliste. — Literatur. — Geschichte des Trade-Unionismus in England. III. — Der Bonboner Drolchenfischer-Streit. — Russische Fabrikinspektion. — Schlußsatz: Soziales als Gehalt Hauptmann. III. (Gannet). — Hopsel in Buenos-Ayres. — Agrarismus. — Sozialistisches. — Gewerkschaftliches. — Wie man uns behandelt. — Vermischtes. Sozialpolitische Zentralblatt. Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Karl Heymann's Verlag, Berlin W, Wauerstraße 44. Jeden Montag erscheint eine Nummer. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. Preis vierteljährlich M. 2,50. Einzelnummern 20 A. Erschienen in Nr. 40, 8. Jahrgang. Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, S. G. W. Dieß) bezogen ist soeben das 89. Heft des 12. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt haben wir hervor:

Ein Extrakt der Freude. — Mann und Weib. Von Dr. Pope D. Adams-Walfer. — Die in Nummern die ...

Von der „Gleichheit“. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. S. W. Dieß Verlag) ist und ...

Heft 8 des Volks-Lexikon, herausgegeben von Emanuel Wurm, Verlag von Breitner & Comp., Nürnberg, ist ...

Briefkasten.

Der diesmaligen Sendung des „Grundstein“ liegt für die ...

Röln a. Rh., D. Wir denken über die Sache ähnlich wie Sie ...

In der Zeit vom 26. Juni bis 8. Juli sind folgende Beiträge bei der Hauptkassie eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in: ...

Hamburg, den 8. Juli 1894. F. Köster, Neue Brennerstr. 19, 2. Et., Hamburg-St. Georg.

Anzeigen.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

In der Woche vom 24. bis 30. Juni sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in: ...

A. Hefz, erster Hauptkassier, Friedrichsbadstraße 28.

Bekanntmachung.

Auf Beschluss der Verwaltung vom 30. Juni wurde der Kollege Julius Braunert, Buch-Nr. 4684, wegen fortwährender ...

Aufforderung.

Das Mitglied Adolf Richter, geb. am 26. Mai 1867 zu Wittroda i. C., Buch-Nr. 10388, wird hierdurch ...

Telegramm!

Niel. Vansperre propagirt; Zuzug fernhalten.

Veranstaltungs-Anzeiger

des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands etc. Aachen, Montag, 9. Juli, Abends 8 Uhr, bei Josef Köster, ...

Wiesbaden, Sonntag, 1. Juli, Abends 8 Uhr, bei ...

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands und verwandten Berufsge nossen.

Bekanntmachung.

Die in den neugegründeten Jahresschriften Oerode und Ronfanz gewählten örtlichen Verwaltungen und die in den ...

Zur besonderen Beachtung für die örtlichen Verwaltungen.

Mit dem 1. Juli werden bei Neuaufnahmen nicht mehr die alten, sondern nur neue Mitgliedsbücher ...

Die übriggebliebenen alten Bücher sind umgehend an die Hauptkassie einzuliefern.

Diejenigen Mitglieder, deren Buch abläuft, erhalten unentgeltlich ein neues angestellt.

In das neue Buch ist Name und Gewerbe des Mitgliedes, sowie Geburtsdatum und Datum des Eintritts, wie in dem alten Buch angegeben, überzutragen.

Um die Bücher besonders kenntlich zu machen, werden an Stelle der Quittungsmarken für Beitrittsgeld Marken mit der Aufschrift: „Erfolg für ein abgelaufenes Mitgliedsbuch“ eingeklebt.

Außerdem wollen wir noch bemerken, daß die Mitglieder, welche ein neues Buch an Stelle des abgelaufenen erhalten, nicht die alte Nummer, sondern eine solche aus der neuen Nummernserie erhalten.

Außerdem machen wir die Mitteilung, daß der Vorstand, um alle Jahresschriften zu befriedigen, das Protokoll über die Verhandlungen des zweiten Verbandstages in zweiter Auflage hat herstellen lassen.

Wir erlauben die örtlichen Verwaltungen, den weiteren Bedarf auszugeben.

Der Vorstand. S. A. Th. Bömelburg, Vorsitzender.

Zentralverband der Stukkateure, Gipser etc. Deutschlands.

Worms, Sonntag, 8. Juli, Morgens 10 Uhr, bei ...

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Ruer & Co. in Hamburg.